

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 5. Juli 1979
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie einiger anderer Steuern**

A. Zielsetzung

Mit Finnland besteht ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der direkten Steuern aus dem Jahre 1935. Dieses Abkommen entspricht in vielen Punkten nicht mehr dem gegenwärtigen Stand des internationalen Wirtschaftsverkehrs und Steuerrechts und war an die neue Entwicklung anzupassen.

B. Lösung

Das Abkommen vom 5. Juli 1979 bringt die erforderliche Anpassung. Seine Regelungen entsprechen den Grundsätzen des OECD-Musterabkommens und damit der neueren deutschen Abkommenspolitik. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll es die für die Ratifikation nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine wesentlichen Auswirkungen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (44) – 521 05 – Do 50/81

Bonn, den 12. Juni 1981

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 5. Juli 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie einiger anderer Steuern mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und finnischer Sprache, das zugehörige Protokoll und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigelegt

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 500. Sitzung am 5. Juni 1981 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
Gscheidle

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 5. Juli 1979
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie einiger anderer Steuern**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Helsinki am 5. Juli 1979 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie einiger anderer Steuern sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tag wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 30 Abs. 2 sowie der Nummer 9 des Protokolls zum Abkommen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht dieser Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Führt die Anwendung des Abkommens bis zu dem Zeitpunkt, in dem es in Kraft tritt, unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und in Finnland insgesamt zu einer höheren Belastung, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, so wird die Steuer insoweit erstattet oder nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Abkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 30 Abs. 2 erstmals auf Steuern anzuwenden, die für das Kalenderjahr 1981 erhoben werden. Gemäß Nummer 9 des Protokolls zum Abkommen ist hiervon abweichend Artikel 22 Abs. 5 des Abkommens („Besteuerung anderer Vermögensteile“) auf die Vermögensteuer der Bundesrepublik Deutschland für Beteiligungen von in Finnland ansässigen Personen an einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung bereits ab dem Kalenderjahr 1974 anzuwenden. Hinsichtlich der im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren ist das Abkommen erstmals auf Einkünfte anzuwenden, die nach Ablauf von 30 Tagen nach dem Tage des Inkrafttretens des Abkommens bezogen werden.

Um die betroffenen Steuerpflichtigen uneingeschränkt in den Genuß der rückwirkenden Abkommensanwendung zu bringen, sieht Absatz 1 des Artikels vor, daß bereits unanfechtbare Steuerfestsetzungen geändert werden können.

Soweit sich durch die rückwirkende Anwendung des Abkommens in besonders gelagerten Einzelfällen eine höhere Gesamtbelastung an deutschen und finnischen Steuern ergeben sollte als nach dem bisherigen

Rechtszustand, schließt Absatz 2 des Artikels für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens eine rückwirkende Verschlechterung für die Steuerpflichtigen aus. Die Regelung besagt, daß in solchen Fällen eine etwaige deutsche Mehrsteuer nur erhoben wird, soweit ihr eine Entlastung an finnischen Steuern gegenübersteht.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland – wie schon nach dem bisherigen Abkommen vom 25. September 1935 – zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits müssen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen deutscher Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe gewährt werden. Die Änderung des bisherigen Rechtszustands führt zu Mehr- oder Mindereinnahmen bei den vom Abkommen betroffenen Steuern bei Bund, Ländern und Gemeinden. Die Höhe dieser Mehr- oder Mindereinnahmen läßt sich jedoch nicht schätzen; sie dürften haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen
und vom Vermögen sowie einiger anderer Steuern

Saksan Liittotasavallan ja Suomen Tasavallan välinen
Sopimus
tulo- ja varallisuusveroja sekä eräitä muita veroja koskevan
kaksinkertaisen verotuksen välttämiseksi

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Finnland,

Saksan Liittotasavalta
ja
Suomen Tasavalta,

von dem Wunsch geleitet, ein neues Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie einiger anderer Steuern zu schließen,

haluten tehdä uuden sopimuksen tulo- ja varallisuusveroja sekä eräitä muita veroja koskevan kaksinkertaisen verotuksen välttämiseksi,

haben folgendes vereinbart:

ovat sopineet seuraavasta:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

1 artikla

Henkilöllinen soveltamisala

Tätä sopimusta sovelletaan jommassakummassa tai kummassakin sopimusvaltiossa asuviin henkilöihin.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören,

a) in der Republik Finnland:

- i) die staatliche Einkommen- und Vermögensteuer,
- ii) die Gemeindesteuer und
- iii) die Kirchensteuer einschließlich der Seemannsteuer und der Quellensteuer von Einkünften nichtansässiger Personen;

b) in der Bundesrepublik Deutschland:

- i) die Einkommensteuer,
- ii) die Körperschaftsteuer,
- iii) die Vermögensteuer,
- iv) die Gewerbesteuer und
- v) die Grundsteuer

2 artikla

Sopimuksessa tarkoitetut verot

1. Tätä sopimusta sovelletaan sopimusvaltiolle, sen valtioliselle osalle, julkisyhteisölle tai paikallisviranomaiselle tulon ja varallisuuden perusteella suoritettaviin veroihin niiden kantotavasta riippumatta.

2. Tulon ja varallisuuden perusteella suoritettavina veroina pidetään kaikkia tulon tai varallisuuden kokonaismäärän taikka tulon tai varallisuuden osan perusteella suoritettavia veroja, niihin luettuina irtaimen tai kiinteän omaisuuden luovutuksesta saadun voiton, yritysten maksamien palkkojen kokonaismäärien samoin kuin arvonnousun perusteella suoritettavat verot.

3. Verot, joihin tätä sopimusta sovelletaan, ovat tällä hetkellä:

a) Suomen Tasavallassa:

- i) valtion tulo- ja varallisuusvero;
- ii) kunnallisvero; ja
- iii) kirkollisvero; niihin luettuina merimiesvero ja lähdevero;

b) Saksan Liittotasavallassa:

- i) tulovero (die Einkommensteuer);
- ii) yhtiövero (die Körperschaftsteuer);
- iii) varallisuusvero (die Vermögensteuer);
- iv) elinkeinovero (die Gewerbesteuer); ja
- v) kiinteistövero (die Grundsteuer).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung dieses Abkommens neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die sich auf die Anwendung dieses Abkommens auswirkenden Änderungen ihrer Steuergesetze mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Republik Finnland oder die Bundesrepublik Deutschland und im geographischen Sinne verwendet das Hoheitsgebiet, in dem das Steuerrecht des betreffenden Vertragsstaats gilt, einschließlich des an die Hoheitsgewässer dieses Staates angrenzenden Gebiets, in dem dieser Staat nach eigenem Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht seine Rechte hinsichtlich der Erforschung und Nutzung der Naturschätze auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund ausüben darf; hinsichtlich der Gemeindesteuer umfaßt der Ausdruck „Republik Finnland“ nicht die Provinz Åland;
- b) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften; er umfaßt auch Personengesellschaften;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“ je nachdem ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- e) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird; ausgenommen sind die Fälle, in denen das Seeschiff oder Luftfahrzeug ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben wird;
- f) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) auf Seiten der Republik Finnland das Ministerium der Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem entsprechenden Recht dieses Staates zukommt.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in

4. Tätä sopimusta sovelletaan myös kaikkiin samanlaisiin tai olennaisesti samanluonteisiin veroihin, joita on tämän sopimuksen allekirjoittamisen jälkeen suoritettava tällä hetkellä suoritettavien verojen ohella tai asemesta. Sopimusvaltioiden asianomaisten viranomaisten on ilmoitettava toisilleen verolainsäädäntönsä tehdyistä muutoksista, jotka vaikuttavat tämän sopimuksen soveltamiseen.

3 artikla

Yleiset määritelmät

1. Tässä sopimuksessa, jollei asiayhteydestä muuta johdu

- a) sanonnoilla ”sopimusvaltio” ja ”toinen sopimusvaltio” tarkoitetaan Suomen Tasavaltaa tai Saksan Liittotasavaltaa sen mukaan kuin asiayhteys edellyttää ja, maantieteellisessä merkityksessä käytettynä, aluetta, jolla asianomaisen sopimusvaltion verolainsäädäntö on voimassa, siihen luettuina tämän valtion aluevesiin rajoittuvat alueet, joilla tämän valtion lainsäädännön mukaan ja kansainvälisen oikeuden mukaisesti tämä valtio voi käyttää oikeuksiaan meren pohjan ja sen sisustan luonnonvarojen tutkimiseen ja hyväksikäyttöön; kunnallisveron osalta sanonta ”Suomen Tasavalta” ei käsitä Ahvenanmaan maakuntaa;
- b) sanonta ”henkilö” käsittää luonnollisen henkilön ja yhtiön; siihen luetaan myös yhtymä (Personengesellschaft);
- c) sanonnalla ”yhtiö” tarkoitetaan oikeushenkilöä tai yksikköä, jota verotuksellisesti käsitellään oikeushenkilönä;
- d) sanonnoilla ”sopimusvaltiossa oleva yritys” ja ”toisessa sopimusvaltiossa oleva yritys” tarkoitetaan vastaavasti sopimusvaltiossa asuvan henkilön ja toisessa sopimusvaltiossa asuvan henkilön harjoittamaa yritystä;
- e) sanonnalla ”kansainvälinen liikenne” tarkoitetaan aluksella tai ilma-aluksella suoritettavaa kuljetustoimintaa, jota harjoittavan yrityksen tosiasiallinen liikkeen johto on sopimusvaltiossa, paitsi milloin alusta tai ilma-alusta käytetään liikenteeseen vain toisessa sopimusvaltiossa olevien paikkojen välillä;
- f) sanonnalla ”asianomainen viranomainen” tarkoitetaan,
 - i) Suomen Tasavallassa: valtiovarainministeriötä tai sen valtuuttamaa edustajaa;
 - ii) Saksan Liittotasavallassa: liittovaltion valtiovarainministeriä.

2. Sopimusta sopimusvaltiossa sovellettaessa on jokaisella sanonnalla, jota ei ole nimenomaan määriteltä ja jonka osalta asiayhteydestä ei muuta johdu, se merkitys, joka sillä on tämän sopimusvaltion asianomaisen lainsäädännön mukaan.

4 artikla

Verotuksellinen kotipaikka

1 Tässä sopimuksessa sanonnalla ”sopimusvaltiossa asuva henkilö” tarkoitetaan henkilöä, joka tämän valtion lainsäädännön mukaan on siellä verovelvollinen kotipaikan, asuminen, liikkeen johtopaikan tai muun sellaisen perusteen nojalla.

2. Milloin luonnollinen henkilö 1 kappaleen määräysten mukaan on kummassakin sopimusvaltiossa asuva, noudatetaan seuraavia sääntöjä:

- a) hänen katsotaan asuvan siinä sopimusvaltiossa, jossa hänellä on käytettäväänään vakinainen asunto. Jos hänellä on

beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).

- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- c) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.
- d) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Eine Personengesellschaft gilt als in einem Vertragsstaat ansässig, wenn sie nach dem in diesem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist; ergibt sich auf Grund dieser Bestimmung, daß eine Personengesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig ist, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(5) Für die Zwecke der Besteuerung in der Republik Finnland gilt ein unverteilter Nachlaß als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes ansässig war.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfaßt insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben,

käyttävänään vakinainen asunto molemmissa sopimusvaltioissa, katsotaan hänen asuvan siinä sopimusvaltiossa, johon hänellä on kiinteimmät henkilökohtaiset ja taloudelliset siteet (elinetujen keskus);

- b) milloin ei voida ratkaista, kummassa sopimusvaltiossa hänen elinotujensa keskus on, tai milloin hänellä ei ole vakinaista asuntoa käytettävänään kummassakaan sopimusvaltiossa, katsotaan hänen asuvan siinä sopimusvaltiossa, jossa hän pysyvästi oleskelee;
- c) milloin hän oleskelee pysyvästi molemmissa sopimusvaltioissa tai ei oleskele pysyvästi kummassakaan niistä, katsotaan hänen asuvan siinä sopimusvaltiossa, jonka kansalainen hän on;
- d) milloin hän on molempien sopimusvaltioiden kansalainen tai ei ole kummarkaan valtion kansalainen, on sopimusvaltioiden asianomaisten viranomaisten ratkaistava asia keskinäisin sopimuksin.

3. Milloin muu kuin luonnollinen henkilö on 1 kappaleen määräysten mukaan molemmissa sopimusvaltioissa asuva, katsotaan sen asuvan siinä sopimusvaltiossa, jossa sen tosiasiallinen liikkeen johto on.

4. Yhtymän on katsottava asuvan sopimusvaltiossa, jos se on syntynyt tämän sopimusvaltion voimassa olevan lainsäädännön mukaan; milloin yhtymä on tämän määräyksen mukaan molemmissa sopimusvaltioissa asuva, katsotaan sen asuvan siinä sopimusvaltiossa, jossa sen tosiasiallinen liikkeen johto on.

5. Jakamattoman kuolinpesän katsotaan Suomen Tasavallassa toimitettavassa verotuksessa asuvan siinä sopimusvaltiossa, jossa vainaja asui kuolinhetkellään.

5 artikla

Kiinteä toimipaikka

1. Tässä sopimuksessa sanonnalla ”kiinteä toimipaikka” tarkoitetaan kiinteää liikepaikkaa, jossa harjoitetaan yrityksen liiketoimintaa kokonaan tai osaksi.

2. Sanonta ”kiinteä toimipaikka” käsittää erityisesti:

- a) liikkeen johtopaikan;
- b) sivuliikkeen;
- c) toimiston;
- d) tehtaan;
- e) työpajan;
- f) kaivoksen, louhoksen tai muun luonnonvarojen irroittamispaikan;
- g) yli kahden kuukauden ajan kestävästä rakennus- tai asennustyön suorittamispaikan.

3. Sanonta ”kiinteä toimipaikka” ei käsitä:

- a) järjestelyjä, joihin on ryhdytty ainoastaan yritykselle kuuluvien tavaroiden varastoinnista, näytteillä pitämisestä tai luovuttamisesta varten;
- b) yritykselle kuuluvan tavaravaraston pitämisestä ainoastaan varastoinnista, näytteillä pitämisestä tai luovuttamisesta varten;
- c) yritykselle kuuluvan tavaravaraston pitämisestä ainoastaan toisen yrityksen toimesta tapahtuvaa muokkaamista tai jalostamista varten;
- d) kiinteän liikepaikan pitämisestä ainoastaan tavaroiden ostamista tai tietojen keräämistä varten yritykselle;
- e) kiinteän liikepaikan pitämisestä ainoastaan mainontaa, tietojen antamista, tieteellistä tutkimusta tai muuta sellaista toi-

Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 – in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge zu schließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängiger, Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) a) Vorbehaltlich der Buchstaben b und c bestimmt sich der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt.

b) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf welche die Vorschriften des Privatrechts über unbewegliches Vermögen Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen.

c) Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Berechtigten Aktien oder ähnliche Gesellschaftsanteile zur Nutzung von unbeweglichem Vermögen, das der Gesellschaft gehört, so können die dem unbeweglichen Vermögen zuzurechnenden Einkünfte, soweit sie weder bei der Gesellschaft steuerpflichtig sind noch als Gewinnausschüttung der Gesellschaft bezogen werden, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen liegt.

(5) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufs dient. Absatz 4 gilt auch für Einkünfte eines Unternehmens aus einem Nutzungsrecht im Sinne des angeführten Absatzes und für Einkünfte aus einem solchen Nutzungsrecht, das der Ausübung eines freien Berufs dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß

mintaa varten, joka on yrityksen muuhun toimintaan nähden luonteeltaan valmistelevaa tai avustavaa.

4. Henkilön, joka olematta 5 kappaleessa tarkoitettu itsenäinen edustaja, toimii sopimusvaltiossa toisessa sopimusvaltiossa olevan yrityksen puolesta, katsotaan muodostavan kiinteän toimipaikan ensiksi mainitussa valtiossa, mikäli hänellä on valtuus tehdä sopimuksia yrityksen nimissä ja hän valtuutetaan tässä valtiossa tavanomaisesti käyttää, paitsi milloin hänen toimintansa rajoittuu tavaroiden ostamiseen yrityksen puolesta.

5. Sopimusvaltiossa olevalla yrityksellä ei katsota olevan kiinteää toimipaikkaa toisessa sopimusvaltiossa pelkästään sen vuoksi, että se harjoittaa liiketoimintaa siinä valtiossa välittäjän, komissionäärin tai muun itsenäisen edustajan välityksellä, milloin nämä henkilöt toimivat säännönmukaisen liiketoimintansa rajoissa.

6. Se seikka, että sopimusvaltiossa asuvalla yhtiöllä on määräämisvalta yhtiössä – tai siinä on määräämisvalta yhtiöllä – joka on toisessa sopimusvaltiossa asuva taikka joka siellä harjoittaa liiketoimintaa (joko kiinteästä toimipaikasta tai muuten), ei itsestään tee kumpaakaan yhtiötä toisen kiinteäksi toimipaikaksi.

6 artikla

Kiinteästä omaisuudesta saatu tulo

1 Kiinteästä omaisuudesta saadusta tulosta, siihen luettuna maataloudesta tai metsätaloudesta saatu tulo, voidaan verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa omaisuus on.

2. a) Sanonta ”kiinteä omaisuus” määräytyy, mikäli b ja c kohdan määräyksistä ei muuta johdu, sen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, jossa omaisuus on.

b) Sanonta ”kiinteä omaisuus” käsittää kuitenkin aina kiinteän omaisuuden tarpeiston, maa- ja metsätaloudessa käytetyn elävän ja elottoman irtaimiston, oikeudet, joihin sovelletaan yksityisoikeuden kiinteistöä koskevia säännöksiä, kiinteän omaisuuden käyttöoikeuden samoin kuin oikeudet kivennäisesiintymien, lähteiden ja muiden luonnonvarojen hyväksikäytöstä tai oikeudesta niiden hyväksikäyttöön saatuun määrältään muuttuviin tai kiinteisiin korvauksiin.

c) Aluksia ja ilma-aluksia ei pidetä kiinteänä omaisuutena.

3. Tämän artiklan 1 kappaleen määräyksiä sovelletaan kiinteän omaisuuden välittömästä käytöstä, sen vuokralle antamisesta samoin kuin kaikesta muusta käytöstä saatuun tuloon.

4. Milloin osakkeet tai muut samanluonteiset yhtiöosuudet oikeuttavat yhtiön omistaman kiinteän omaisuuden käyttöön, tähän kiinteään omaisuuteen kuuluvaksi luettavasta muusta kuin sellaisesta tulosta, josta yhtiö on velvollinen suorittamaan veroa tai joka on saatu tämän yhtiön voitonjakona, voidaan verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa kiinteä omaisuus on.

5. Tämän artiklan 1 ja 3 kappaleen määräyksiä sovelletaan myös yrityksen omistamasta kiinteästä omaisuudesta saatuun tuloon samoin kuin vapaan ammatin harjoittamisessa käytetystä kiinteästä omaisuudesta saatuun tuloon. Tämän artiklan 4 kappaleen määräyksiä sovelletaan myös tuloon, jonka yritys saa sanotussa kappaleessa tarkoitettua käyttöoikeudesta, samoin kuin tuloon, joka saadaan vapaan ammatin harjoittamisessa käytetystä sellaisesta käyttöoikeudesta.

7 artikla

Liiketulo

1. Sopimusvaltiossa olevan yrityksen saamasta tulosta verotetaan vain siinä valtiossa, jollei yritys harjoita liiketoimintaa

das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei Anwendung der Absätze 1 bis 5 sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

toisessa sopimusvaltiossa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta. Mikäli yritys harjoittaa liiketoimintaa edellä sanotuin tavoin, voidaan tässä toisessa valtiossa verottaa yrityksen saamasta tulosta, mutta vain kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi luettavasta tulon osasta.

2. Milloin sopimusvaltiossa oleva yritys harjoittaa liiketoimintaa toisessa sopimusvaltiossa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta, on kummassakin sopimusvaltiossa kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi luettava se tulo, jonka toimipaikan olisi voitu olettaa tuottavan, jos se olisi ollut samaa tai samanluonteista toimintaa samojen tai samanluonteisten edellytysten vallitessa harjoittava erillinen yritys, joka täysin itsenäisesti päättää liiketoimista sen yrityksen kanssa, jonka kiinteä toimipaikka se on.

3. Kiinteän toimipaikan tuloa määrättäessä on vähennykseksi hyväksyttävä toimipaikasta johtuneet menot, niihin luettuihin johtamis- ja muut yleiset hallintomenot riippumatta siitä, ovatko ne syntyneet siinä valtiossa, jossa kiinteä toimipaikka on, vai muualla.

4. Mikäli sopimusvaltiossa noudatetun käytännön mukaan kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi luettava tulo määrätään jakamalla yrityksen kokonaistulo yrityksen eri osien kesken, eivät 2 kappaleen määräykset estä tätä sopimusvaltiota määräämästä verotettavaa tuloa tällaista käytännössä olevaa jakamismenettelyä noudattaen. Jakamismenettelyn on kuitenkin johdettava tässä artiklassa esitettyjen periaatteiden mukaiseen tulokseen.

5. Tuloa ei ole luettava kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi pelkästään sen perusteella, että kiinteä toimipaikka on ostanut tavaroita yrityksen lukuun.

6. Sovellettaessa 1–5 kappaleita on kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi luettava tulo vuodesta toiseen määrättävä samaa menettelmää noudattaen, jollei pätevistä ja riittävästä syystä muuta johdu.

7. Milloin tuloon sisältyy tuloeria, joita käsitellään erikseen tämän sopimuksen muissa artikloissa, tämän artiklan määräykset eivät vaikuta sanottujen artiklojen määräyksiin.

8 artikla

Meri- ja ilmakuljetus

1. Alusten tai ilma-alusten käyttämisestä kansainväliseen liikenteeseen saadusta tulosta verotetaan vain siinä sopimusvaltiossa, jossa yrityksen tosiasiallinen liikkeen johto on.

2. Milloin merikuljetusyrityksen tosiasiallinen liikkeen johto on aluksella, johdon katsotaan olevan siinä sopimusvaltiossa, jossa aluksen kotisatama on, tai, milloin aluksella ei ole kotisatamaa, siinä sopimusvaltiossa, jossa laivanisäntä asuu.

3. Tämän artiklan 1 kappaleen määräyksiä sovelletaan myös tuloon, joka saadaan osallistumisesta pooliin, yhteiseen liiketoimintaan tai kansainväliseen liiketoimintayksikköön.

9 artikla

Etuyhteydessä keskenään olevat yritykset

Milloin

- sopimusvaltiossa oleva yritys välittömästi tai välillisesti osallistuu toisessa sopimusvaltiossa olevan yrityksen johtoon tai valvontaan tahi omistaa osan sen pääomasta, taikka
- amat henkilöt välittömästi tai välillisesti osallistuvat sekä sopimusvaltiossa olevan yrityksen että toisessa sopimusvaltiossa olevan yrityksen johtoon tai valvontaan tahi omistavat osan niiden pääomasta,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen

- a) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen eine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 25 vom Hundert der Einkünfte eines stillen Gesellschafters im Sinne von Absatz 4;
- c) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 Buchstabe a dürfen Dividenden, die eine in der Republik Finnland ansässige Gesellschaft von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft bezieht, über deren Kapital die in der Republik Finnland ansässige Gesellschaft zu mindestens 25 vom Hundert selbst oder zusammen mit anderen Personen verfügt, die sie mittelbar oder unmittelbar beherrschen oder die mittelbar oder unmittelbar von ihr oder gemeinsam mit ihr beherrscht werden, nicht nach einem Satz von mehr als 15 vom Hundert besteuert werden, solange der Satz der Körperschaftsteuer in der Bundesrepublik Deutschland für ausgeschüttete Gewinne niedriger ist als der Satz für nicht ausgeschüttete Gewinne und der Unterschied zwischen diesen beiden Sätzen 15 Punkte oder mehr beträgt.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung und aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind, sowie Einkünfte eines stillen Gesellschafters im Sinne des Rechts der Bundesrepublik Deutschland aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und wenn die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

ja jos jommassakummassa tapauksessa yritysten välillä on kaupallisissa tai rahoitussuhteissa sovittu ehdoista tai määrätty ehtoja, jotka poikkeavat siitä, mistä riippumattomien yritysten välillä olisi sovittu, voidaan tulo, joka ilman näitä ehtoja olisi kertynyt toiselle näistä yrityksistä, mutta näiden ehtojen vuoksi ei ole kertynyt yritykselle, lukea tämän yrityksen tuloon ja verottaa siitä tämän mukaisesti.

10 artikla

Osinko

1. Sopimusvaltiossa asuvan yhtiön toisessa sopimusvaltiossa asuvalle henkilölle maksamasta osingosta voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa.

2. Osingosta voidaan kuitenkin verottaa myös siinä sopimusvaltiossa, jonka asukas osingon maksava yhtiö on, tämän valtion lainsäädännön mukaan, mutta siten määrättävä vero ei saa olla suurempi kuin:

- a) 10 prosenttia osingon kokonaismäärästä, jos saajana on yhtiö (lukuun ottamatta yhtymää), joka välittömästi hallitsee vähintään 25 prosenttia osingon maksavan yhtiön pääomasta;
- b) 25 prosenttia 4 kappaleessa tarkoitetun hiljaisen osakkaan (stiller Gesellschafter) saamasta tulosta;
- c) 15 prosenttia osingon kokonaismäärästä kaikissa muissa tapauksissa.

Sopimusvaltioiden asianomaiset viranomaiset sopivat keskenään, miten tätä rajoitusta sovelletaan.

Tämä kappale ei vaikuta yhtiön verottamiseen siitä voitosta, josta osinko maksetaan.

3. Tämän artiklan 2 kappaleen a kohdan määräysten estämittä voidaan osingosta, jonka Saksan Liittotasavallassa asuva yhtiö maksaa Suomen Tasavallassa asuvalle yhtiölle, joka yksin tai yhdessä muiden henkilöiden kanssa, joilla on välitön tai välillinen määräamisvalta siinä tai joissa sillä on välitön tai välillinen määräamisvalta taikka jotka ovat sen kanssa yhteisen määräamisvallan alaisia, hallitsee vähintään 25 prosenttia osingon maksavan yhtiön pääomasta, verottaa Saksan Liittotasavallassa enintään 15 prosentin suuruisen verokannan mukaan, milloin yhtiöverokanta Saksan Liittotasavallassa on jaetun voiton osalta alempi kuin jakamattoman voiton osalta ja näiden kahden verokannan välinen erotus on vähintään 15 prosenttiyksikköä.

4. Sanonnalla ”osinko” tarkoitetaan tässä artiklassa tuloa, joka on saatu osakkeista tai muista voitto-osuuteen oikeuttavista oikeuksista, jotka eivät ole saamisia, samoin kuin muista yhtiöoikeuksista saatua tuloa, joka sen valtion verolainsäädännön mukaan, jossa asuva voiton jakava yhtiö on, rinnastetaan osakkeista saatuu tuloon, sekä tuloa, jonka Saksan Liittotasavallan lainsäädännössä tarkoitettu hiljainen osakas (stiller Gesellschafter) on saanut yhtiöosuutensa perusteella, ja jaettua voittoa, joka on saatu sijoitusrahaston osakkuustodistuksen perusteella.

5. Milloin sopimusvaltiossa asuva osingon saaja harjoittaa toisessa sopimusvaltiossa, jossa asuva osingon maksava yhtiö on, liiketoimintaa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta tai harjoittaa tässä toisessa valtiossa vapaata ammattia siellä olevasta kiinteästä paikasta ja osingon maksamisen perusteena olevat oikeudet tosiasiallisesti liittyvät tällaiseen kiinteään toimipaikkaan tai kiinteään paikkaan, ei 1 ja 2 kappaleen määräyksiä sovelleta. Tässä tapauksessa sovelletaan 7 tai 14 artiklan määräyksiä.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, welche die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Schuldverschreibungen einschließlich des damit verbundenen Aufgelds und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlungen gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt, sofern die Forderung, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Lizenzgebühren der in Absatz 3 Buchstabe a erwähnten Art können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden; die Steuer darf aber 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung anzuwenden ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die gezahlt werden für

- a) die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen;
- b) die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissen-

6. Milloin sopimusvaltiossa asuva yhtiö saa tuloa toisesta sopimusvaltiosta, ei tämä toinen valtio saa määrätä veroa osingosta, jonka yhtiö maksaa henkilöille, jotka eivät ole tässä toisessa valtiossa asuvia, eikä myöskään määrätä yhtiön jakamattomasta voitosta jakamattomaan voittoon kohdistuvaa veroa, vaikka maksettu osinko tai jakamattomat voittovarot kokonaan tai osaksi koostuisivat tässä toisessa valtiossa kertyneestä tulosta.

11 artikla

Korko

1. Sopimusvaltiosta kertyneestä toisessa sopimusvaltiossa asuvalle henkilölle maksetusta korosta verotetaan vain tässä toisessa valtiossa.

2. Sanonnalla ”korko” tarkoitetaan tässä artiklassa tuloa, joka on saatu kaikenlaisista saamisista riippumatta siitä, onko niiden vakuutena kiinteistökiinnitys vai ei, ja liittyykö niihin oikeus osuuteen velallisen voittoon vai ei, ja erityisesti tuloa, joka on saatu valtion velkakirjoista, ja tuloa, joka on saatu obligatioista ja debenttureista, siihen luettuihin obligatioihin ja debenttureihin liittyvät agiot ja palkinto-obligaatioiden voitot. Maksun viivästymisen johdosta suoritettavia sakkomaksuja ei tässä artiklassa pidetä korkona.

3. Milloin sopimusvaltiossa asuva koron saaja harjoittaa toisessa sopimusvaltiossa, josta korko kertyy, liiketoimintaa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta tai harjoittaa tässä toisessa valtiossa vapaata ammattia siellä olevasta kiinteästä paikasta ja koron maksamisen perusteena oleva saaminen tosiasiallisesti liittyy tällaiseen kiinteään toimipaikkaan tai kiinteään paikkaan, ei 1 kappaleen määräyksiä sovelleta. Tässä tapauksessa sovelletaan 7 tai 14 artiklan määräyksiä.

4. Milloin maksettu korko maksajan ja saajan tai heidän molempien ja kolmannen henkilön välisen erityisen suhteen vuoksi ylittää koron perusteena olevaan saamiseen nähden määrän, josta maksaja ja saaja olisivat sopineet, jollei tällaista suhdetta olisi, sovelletaan tämän artiklan määräyksiä vain viimeksi mainittuun määrään. Tässä tapauksessa verotetaan tämän määrän ylittävästä maksun osasta kummankin sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, ottaen huomioon tämän sopimuksen muut määräykset.

12 artikla

Rojalti

1. Sopimusvaltiosta kertyneestä toisessa sopimusvaltiossa asuvalle henkilölle maksetusta rojaltista voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa.

2. Tämän artiklan 3 kappaleen a kohdassa tarkoitettua rojaltista voidaan kuitenkin verottaa myös siinä sopimusvaltiossa, josta se kertyy, tämän valtion lainsäädännön mukaan, mutta siten määrättävä vero ei saa olla suurempi kuin 5 prosenttia rojaltilin kokonaismäärästä. Sopimusvaltioiden asianomaiset viranomaiset sopivat keskenään, miten tätä rajoitusta sovelletaan.

3. Sanonnalla ”rojalti” tarkoitetaan tässä artiklassa kaikkia suorituksia, jotka saadaan korvauksena

- a) patenttien, tavaramerkkien, mallien tai muottien, piirustusten, salaisten kaavojen tai valmistustapojen tahi teollisen, kaupallisen tai tieteellisen välineistön käyttämisestä tai käyttöoikeudesta taikka teollisia, kaupallisia tai tieteellisiä kokemuksia koskevista tiedoista;
- b) kirjallisten, taiteellisten tai tieteellisten teosten (niihin luettuina elokuvafilmit sekä televisio- ja radiolähetyksissä esi-

schaftlichen Werken (einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bandaufnahmen für Fernsehen oder Rundfunk).

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt, sofern die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Vertragsstaat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Vertragsstaat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung der in Artikel 6 Absatz 4 erwähnten Aktien und ähnlichen Gesellschaftsanteile können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen liegt, das der Gesellschaft gehört.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 4 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Besteuert ein Vertragsstaat bei Wegzug einer in diesem Staat ansässigen natürlichen Person den Vermögenszuwachs, der aus einer wesentlichen Beteiligung an einer in diesem Staat ansässigen Gesellschaft entstanden ist, so legt der andere Vertragsstaat, wenn er den Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung besteuert, bei der Ermittlung des steuer-

tettävät filmit tai nauhat) tekijäoikeuden käyttämisestä tai käyttöoikeudesta.

4. Milloin sopimusvaltiossa asuva rojaltn saaja harjoittaa toisessa sopimusvaltiossa, josta rojaltn kertyy, liiketoimintaa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta tai harjoittaa tässä toisessa valtiossa vapaata ammattia siellä olevasta kiinteästä paikasta ja rojaltn maksamisen perusteena oleva oikeus tai omaisuus tosiasiallisesti liittyy tällaiseen kiinteään toimipaikkaan tai kiinteään paikkaan, ei 1 ja 2 kappaleen määräyksiä sovelleta. Tässä tapauksessa sovelletaan 7 tai 14 artiklan määräyksiä.

5. Rojaltn katsotaan kertyvän sopimusvaltiosta, kun sen maksaa kysymyksessä oleva valtio, sen valtiollinen osa, julkisyhteisö tai paikallisviranomaisen tahi tässä sopimusvaltiossa asuva henkilö. Milloin kuitenkin rojaltn maksajalla riippumatta siitä, onko hän sopimusvaltiossa asuva vai ei, on sopimusvaltiossa kiinteä toimipaikka, josta rojaltn perusteena oleva velvoite on aiheutunut ja jota tämä rojaltn rasittaa kuluna, katsotaan sanotun rojaltn kertyvän siitä sopimusvaltiosta, jossa kiinteä toimipaikka on.

6. Milloin maksettu rojaltn maksajan ja saajan tai heidän monempien ja kolmannen henkilön välisen erityisen suhteen vuoksi ylittää rojaltn perusteena olevaan käyttöön, oikeuteen tai tietoon nähden määrän, josta maksaja ja saaja olisivat sopineet, jollei tällaista suhdetta olisi, sovelletaan tämän artiklan määräyksiä vain viimeksi mainittuun määrään. Tässä tapauksessa verotetaan tämän määrän ylittävistä maksun osasta kummankin sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, ottaen huomioon tämän sopimuksen muut määräykset.

13 artikla

Myyntivoitto

1. Voitosta, joka saadaan 6 artiklan 2 kappaleessa tarkoitettun kiinteän omaisuuden luovutuksesta, voidaan verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa omaisuus on.

2. Voitosta, joka saadaan 6 artiklan 4 kappaleessa tarkoitettujen osakkeiden ja muiden samanluonteisten yhtiöosuuksien luovutuksesta, voidaan verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa yhtiön omistama kiinteä omaisuus on.

3. Voitosta, joka saadaan sopimusvaltiossa olevan yrityksen toisessa sopimusvaltiossa olevan kiinteän toimipaikan liikeomaisuuteen kuuluvan irtaimen omaisuuden tai sopimusvaltiossa asuvan henkilön toisessa sopimusvaltiossa vapaan ammatin harjoittamista varten käytettävänä olevaan kiinteään paikkaan kuuluvan irtaimen omaisuuden luovutuksesta, siihen luettuna tällaisen kiinteän toimipaikan (erillisenä tai koko yrityksen mukana) tai kiinteän paikan luovutuksesta saatu voitto, voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa. Tämän sopimuksen 22 artiklan 4 kappaleessa tarkoitettun omaisuuden luovutuksesta saadusta voitosta verotetaan kuitenkin vain siinä sopimusvaltiossa, jossa tällaisesta omaisuudesta sanotun artiklan mukaan verotetaan.

4. Muun kuin 1–3 kappaleessa mainitun omaisuuden luovutuksesta saadusta voitosta verotetaan vain siinä sopimusvaltiossa, jossa luovuttaja asuu.

5. Milloin sopimusvaltio on määrännyt luonnoilaiselle henkilölle, jonka asuminen lakkaa siellä, veroa arvonnoususta, joka on syntynyt olennaisen omistuksen osalta tässä valtiossa asuvassa yhtiössä, toisen sopimusvaltion on, verottaessaan myyntivoittoa tämän omistuksen osalta, verotettavaa voittoa määrätessään otettava tämän omistuksen hankinta-arvoksi

pflichtigen Veräußerungsgewinns als Anschaffungswert der Beteiligung den Wert zugrunde, den die Beteiligung im Zeitpunkt des Wegzugs der natürlichen Person aus dem erstgenannten Staat hatte.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und der Angehörigen der wirtschaftsberatenden Berufe.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält,
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats oder eines anderen ähnlichen Organs einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 können Einkünfte, die Künstler wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

se arvo, joka omistuksella oli silloin, kun luonnollisen henkilön asuminen lakkasi ensiksi mainitussa valtiossa.

14 artikla

Itsenäinen henkilökohtainen työ

1. Sopimusvaltiossa asuvan henkilön vapaan ammatin harjoittamisesta tai muusta samanluonteisesta itsenäisestä toiminnasta saamasta tulosta verotetaan vain tässä valtiossa, jollei hänellä ole toimintansa harjoittamista varten toisessa sopimusvaltiossa kiinteää paikkaa, joka on vakinaisesti hänen käytettävissään. Jos hänellä on tällainen kiinteä paikka, voidaan kiinteään paikkaan kuuluvasta tulon osasta verottaa tässä toisessa sopimusvaltiossa.

2. Sanonta "vapaa ammatti" käsittää erityisesti itsenäisen tieteellisen, kirjallisen, taiteellisen, kasvatuksellisen tai opeuksellisen toiminnan sekä itsenäisen toiminnan lääkärinä, asianajajana, insinöörinä, arkkitehtinä, hammaslääkärinä ja taloudellisen neuvonannon piiriin kuuluvan ammatin harjoittajana.

15 artikla

Epäitsenäinen henkilökohtainen työ

1. Mikäli 16, 18 ja 19 artiklan määräyksistä ei muuta johdu, verotetaan sopimusvaltiossa asuvan henkilön epäitsenäistä työstä saamasta palkasta ja muusta sellaisesta hyvityksestä vain tässä valtiossa, jollei työ ole tehty toisessa sopimusvaltiossa. Jos työ on siellä tehty, voidaan siitä saadusta hyvityksestä verottaa tässä toisessa valtiossa.

2. Tämän artiklan 1 kappaleen määräysten estämättä verotetaan sopimusvaltiossa asuvan henkilön toisessa sopimusvaltiossa tekemästä epäitsenäisestä työstä saamasta hyvityksestä vain ensiksi mainitussa valtiossa, jos:

- a) saaja oleskelee tässä toisessa valtiossa yhdessä tai useammassa jaksossa yhteensä enintään 183 päivää kalenterivuoden aikana, ja
- b) työnantaja, joka suorittaa hyvityksen tai jonka puolesta se suoritetaan, ei ole tässä toisessa valtiossa asuva, sekä
- c) hyvityksellä ei kuluna rasiteta työnantajan tässä toisessa valtiossa olevaa kiinteää toimipaikkaa tai kiinteää paikkaa.

3. Tämän artiklan 1 ja 2 kappaleen määräysten estämättä voidaan hyvityksestä, joka saadaan kansainvälisessä liikenteessä olevalla aluksella tai ilma-aluksella tehdystä epäitsenäisestä työstä, verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa yrityksen tosiasiallinen liikkeen johto on.

16 artikla

Johtajanpalkkiot

Sopimusvaltiossa asuvan henkilön toisessa sopimusvaltiossa asuvan yhtiön johtokunnan tai muun sellaisen elimen jäsenyydestä saamasta johtajanpalkkiosta ja muusta sellaisesta suorituksesta voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa.

17 artikla

Taiteilijat ja urheilijat

1. Tämän sopimuksen 14 ja 15 artiklan määräysten estämättä voidaan taiteilijoiden, kuten teatteri-, elokuva-, radio- tai televisiotaitelijoiden ja muusikkojen, samoin kuin urheilijoiden tässä ominaisuudessa harjoittamastaan henkilökohtaisesta toiminnasta saamasta tulosta verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa tätä toimintaa harjoitetaan.

(2) Ungeachtet der anderen Bestimmungen dieses Abkommens können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem zur Verfügung stehenden von Dienstleistungen einer in Absatz 1 erwähnten Person innerhalb des anderen Vertragsstaats bezieht, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem diese Leistungen erbracht werden, und zwar auch dann, wenn die letztgenannte Person nicht in einem Vertragsstaat ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter und ähnliche Zahlungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Pensionen und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 sind Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, in dem erstgenannten Staat von der Steuer befreit. Dasselbe gilt für wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person als Vergütung für einen Schaden zahlt, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist.

(3) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in dem anderen Staat von der Steuer befreit, wenn die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten nicht abzugsfähig sind.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1) a) Vergütungen, außer Ruhegehältern, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft erbrachten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Vergütungen können jedoch nur in den anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat erbracht werden und der Empfänger eine in diesem Staat ansässige Person ist, die

- i) Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
- ii) nicht ausschließlich wegen der Dienstleistung in diesem Staat ansässig geworden ist.

(2) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft erbrachten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(3) Auf Vergütungen oder Ruhegehältern für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 18 Anwendung.

(4) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die im Fall der Bundesrepublik Deutschland von der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost und im Fall der Republik Finnland von der „Suomen Pankki“ (Bank von Finnland), der „Kansaneläkelaitos“ (Sozialversicherungsanstalt, der „Valtionrautatiet“ (Finnische Staatsbahnen) und der „Posti- ja lennätinlaitos“ (Post- und Telegrafendienst) gezahlt werden.

2. Tämän sopimuksen muiden määräysten estämättä voidaan sopimusvaltiossa asuvan henkilön harjoittamasta 1 kappaleessa tarkoitetun henkilön palvelusten saatavana pitämisestä toisessa sopimusvaltiossa, riippumatta siitä, asuuko viimeksi mainittu henkilö sopimusvaltiossa vai ei, saamasta tulosta verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa näitä palveluksia suoritetaan.

18 artikla

Eläkkeet ja muut samanluonteiset maksut

1. Mikäli 19 artiklan 2 kappaleen määräyksistä ei muuta johdu, verotetaan sopimusvaltiossa asuvalle henkilölle maksetusta, aikaisempaan epäitsenäiseen työhön perustuvasta eläkkeestä ja muusta samanluonteisesta hyvityksestä vain tässä valtiossa.

2. Tämän artiklan 1 kappaleen määräysten estämättä ovat määrät, jotka sopimusvaltiossa asuva henkilö saa toisen sopimusvaltion lakisääteisen sosiaalivakuutuksen perusteella, vapaa verosta ensiksi mainitussa valtiossa. Sama koskee toistuvaa tai kertamaksua, jonka sopimusvaltio, sen valtiollinen osa, julkisyhteisö tai paikallisviranomainen suorittaa toisessa sopimusvaltiossa asuvalle henkilölle korvauksena ruumiinvammasta tai vahingosta, joka on syntynyt vihollisuuksien tai poliittisen vainon seurauksena.

3. Sopimusvaltiossa asuvan henkilön toisessa sopimusvaltiossa asuvalle henkilölle suorittama elatusapu tai lapsenelatusmaksu on vapaa verosta tässä toisessa valtiossa, jos tällainen elatusapu tai maksu ei ole vähennyskelpoinen ensiksi mainitussa valtiossa maksajan verotettavaa tuloa määrättäessä.

19 artikla

Julkinen palvelus

1. a) Hyvityksestä, eläkettä lukuun ottamatta, jonka sopimusvaltio, sen valtiollinen osa, julkisyhteisö tai paikallisviranomainen maksaa luonnolliselle henkilölle palveluksesta, joka on suoritettu tälle valtiolle, sen valtiolliselle osalle, julkisyhteisölle tai paikallisviranomaiselle, verotetaan vain tässä valtiossa.

b) Tällaisesta hyvityksestä verotetaan kuitenkin vain toisessa sopimusvaltiossa, jos palvelus suoritetaan tässä valtiossa ja saaja on tässä valtiossa asuva henkilö,

i) joka on tämän valtion kansalainen; tai

ii) josta ei tullut tässä valtiossa asuvaa ainoastaan tämän palveluksen suorittamisen vuoksi.

2. Eläkkeestä, jonka sopimusvaltio, sen valtiollinen osa, julkisyhteisö tai paikallisviranomainen maksaa, tai joka maksetaan sopimusvaltion, sen valtiollisen osan, julkisyhteisön tai paikallisviranomaisen perustamasta rahastosta, luonnolliselle henkilölle palveluksesta, joka on suoritettu tälle valtiolle, sen valtiolliselle osalle, julkisyhteisölle tai paikallisviranomaiselle, verotetaan vain tässä valtiossa.

3. Tämän sopimuksen 15, 16 ja 18 artiklan määräyksiä sovelletaan hyvitykseen ja eläkkeeseen, joka maksetaan toisen sopimusvaltion, sen valtiollisen osan, julkisyhteisön tai paikallisviranomaisen harjoittaman liiketoiminnan yhteydessä suoritettua palveluksesta.

4. Tämän artiklan 1 kappaleen määräyksiä sovelletaan myös hyvitykseen, jonka maksaa Saksan Liittotasavallan osalta „die Deutsche Bundesbank“ (Saksan Liittotasavallan Valtionpankki), „die Deutsche Bundesbahn“ (Saksan Liittotasavallan valtionrautatiet) ja „die Deutsche Bundespost“ (Saksan Liittotasavallan postilaitos), ja Suomen Tasavallan osalta Suomen Pankki, Kansaneläkelaitos, Valtionrautatiet sekä Posti- ja lennätinlaitos.

Artikel 20**Studenten**

(1) Zahlungen, die ein Student oder ein in einem gewerblichen, technischen, land- oder forstwirtschaftlichen Lehrverhältnis Stehender (einschließlich eines Praktikanten), der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder unmittelbar davor dort ansässig war, für seinen Unterhalt, seine Erziehung oder seine Ausbildung erhält, werden in dem erstgenannten Vertragsstaat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates zufließen.

(2) Ein Student an einer Universität oder anderen Hochschule eines Vertragsstaats oder ein in einem gewerblichen, technischen oder land- oder forstwirtschaftlichen Lehrverhältnis Stehender (einschließlich eines Praktikanten), der sich in dem anderen Vertragsstaat nicht länger als insgesamt 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält und in dem erstgenannten Vertragsstaat ansässig ist oder unmittelbar davor dort ansässig war, wird in dem anderen Vertragsstaat hinsichtlich der Vergütungen, die er dort für die im Zusammenhang mit seinem Studium oder seiner Ausbildung erbrachten Dienstleistungen bezieht, nicht besteuert.

Artikel 21**Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte**

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22**Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Die in Artikel 6 Absatz 4 erwähnten Aktien und ähnlichen Gesellschaftsanteile können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen, das der Gesellschaft gehört, liegt.

(3) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(4) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23**Vermeidung der Doppelbesteuerung**

(1) Bezieht eine in der Republik Finnland ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so zieht die Republik Finnland vorbehaltlich des Absatzes 3

a) von den vom Einkommen dieser Person zu erhebenden Steuern den Betrag ab, der den in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuern vom Einkommen entspricht (bei einer in der Republik Finnland ansässigen Personengesellschaft auch den Betrag der in der Bundesrepublik Deutschland von den in der Republik Finnland ansässigen Gesellschaftern erhobenen Steuern von diesen Einkünften);

20 artikla**Opiskelijat**

1. Rahamääräistä, jotka opiskelija tai liikealan, teollisuuden, maatalouden tai metsätalouden harjoittelija (siihen luettuna "Praktikant"), joka oleskelee sopimusvaltiossa yksinomaan koulutuksensa tai harjoittelunsa vuoksi ja joka asuu tai välittömästi ennen tätä oleskelua asui toisessa sopimusvaltiossa, saa elatustaan, koulutustaan tai harjoitteluaan varten, ei ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa veroteta, milloin nämä rahamäärät maksetaan hänelle tämän valtion ulkopuolella olevista lähteistä.

2. Sopimusvaltiossa olevan yliopiston tai muun korkeakoulun opiskelijaa tai liikealan, teollisuuden, maatalouden tai metsätalouden harjoittelijaa (siihen luettuna "Praktikant"), joka oleskelee toisessa sopimusvaltiossa yhdessä tai useammassa jaksossa yhteensä enintään 183 päivää kalenterivuoden aikana ja joka asuu tai välittömästi ennen tätä oleskelua asui ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa, ei veroteta toisessa sopimusvaltiossa hyvityksestä, joka on saatu tässä toisessa valtiossa tehdystä, hänen opintoihinsa tai harjoitteluunsa liittyvästä työstä.

21 artikla**Erikseen mainitsemattomat tulot**

Sopimusvaltiossa asuvan henkilön saamasta tämän sopimuksen edellä olevissa artikloissa nimenomaisesti mainitsemattomasta tulosta verotetaan vain tässä valtiossa.

22 artikla**Varallisuus**

1. Tämän sopimuksen 6 artiklan 2 kappaleessa määritellystä kiinteästä omaisuudesta voidaan verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa omaisuus on.

2. Tämän sopimuksen 6 artiklan 4 kappaleessa tarkoitetuista osakkeista ja muista samanluonteisista yhtiöosuuksista voidaan verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa yhtiön omistama kiinteä omaisuus on.

3. Yrityksen kiinteän toimipaikan liikeomaisuuteen kuuluvasta irtaimesta omaisuudesta tai vapaan ammatin harjoittamiseen käytettyyn kiinteään paikkaan kuuluvasta irtaimesta omaisuudesta voidaan verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa kiinteä toimipaikka tai kiinteä paikka on.

4. Kansainvälisen liikenteen harjoittamiseen käytetyistä aluksista ja ilma-aluksista sekä tällaisten alusten ja ilma-alusten käyttämiseen liittyvästä irtaimesta omaisuudesta verotetaan vain siinä sopimusvaltiossa, jossa yrityksen tosiasiallinen liikkeen johto on.

5. Muusta sopimusvaltiossa asuvan henkilön varallisuudesta verotetaan vain tässä valtiossa.

23 artikla**Kaksinkertaisen verotuksen poistaminen**

1. Milloin Suomen Tasavallassa asuvalla henkilöllä on tuloa tai varallisuutta, josta tämän sopimuksen määräysten mukaan voidaan verottaa Saksan Liittotasavallassa, Suomen Tasavallan on, mikäli tämän artiklan 3 kappaleen määräyksistä ei muuta johdu:

a) vähennettävä tämän henkilön tulosta suoritettavista veroista Saksan Liittotasavallassa suoritettuja tuloveroja vastaava määrä (siihen luettuna Suomen Tasavallassa asuvan yhtymän osalta, Suomen Tasavallassa asuville osakkaille tästä tulosta Saksan Liittotasavallassa määrättyt verot);

b) von der vom Vermögen dieser Person zu erhebenden Steuer den Betrag ab, der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Vermögensteuer entspricht.

(2) Der abzuziehende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor Abzug ermittelten Steuer vom Einkommen oder Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden kann, entfällt.

(3) Für Dividenden, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft an eine in der Republik Finnland ansässige Gesellschaft zahlt, gewährt die Republik Finnland für den gleichen Zeitraum und in dem gleichen Umfang die Steuerbefreiung, die sie nach den Steuergesetzen der Republik Finnland zu gewähren hätte, wenn sowohl der Dividendenschuldner als auch der Dividendengläubiger in der Republik Finnland ansässig wären.

(4) Ungeachtet anderer Vorschriften des Abkommens darf eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige natürliche Person in der Republik Finnland besteuert werden, wenn sie nach finnischem Steuerrecht, wie es für die in Artikel 2 genannten finnischen Steuern gilt, als in der Republik Finnland ansässig angesehen wird. Die Republik Finnland läßt die in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Steuern vom Einkommen oder Vermögen nach den Vorschriften des Absatzes 1 zum Abzug von der finnischen Steuer zu. Die Vorschriften dieses Absatzes gelten nur für Personen mit finnischer Staatsangehörigkeit.

(5) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Soweit nicht die Buchstaben b und c anzuwenden sind, werden von der Bemessungsgrundlage der in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Steuer die Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Finnland und die in der Republik Finnland gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach den vorstehenden Artikeln in der Republik Finnland besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt aber die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes für die nicht so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte.

b) Auf die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer vom Einkommen wird unter Beachtung der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern die in der Republik Finnland von den nachstehenden Einkünften erhobene Steuer vom Einkommen (einschließlich der Gemeindesteuer) angerechnet:

- i) Dividenden, die nicht unter Buchstabe c fallen;
- ii) Lizenzgebühren, die nach Artikel 12 Absatz 2, und Einkünfte, die nach den Artikeln 16 und 17 in der Republik Finnland besteuert werden können;
- iii) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 und Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens, es sein denn, daß es Betriebsvermögen einer in der Republik Finnland gelegenen Betriebsstätte darstellt und der Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit in der Republik Finnland dient.

c) Buchstabe a gilt auch für Dividenden, die eine in der Republik Finnland ansässige Kapitalgesellschaft an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Kapitalgesellschaft zahlt, der mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile an der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage der in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Steuer werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach Satz 1 von der Bemessungsgrundlage der in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Steuer ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

b) vähennettävä tämän henkilön varallisuudesta suoritettava verosta Saksan Liittotasavallassa suoritettua varallisuusveroa vastaava määrä.

2. Vähennyksen määrä ei kummassakaan tapauksessa kuitenkaan saa olla suurempi kuin se ennen vähennyksen tekemistä lasketun tuloveron tai varallisuusveron osa, joka jakautuu sille tulolle tai varallisuudelle, josta voidaan verottaa Saksan Liittotasavallassa.

3. Milloin Suomen Tasavallassa asuva yhtiö saa osinkoa Saksan Liittotasavallassa asuvalta yhtiöltä, Suomen Tasavallan on vapautettava tämä tulo verosta samalta ajalta ja siinä laajuudessa kuin osinko Suomen Tasavallan verolainsäädännön mukaan olisi verosta vapaa, jos sekä maksaja että saaja olisivat Suomen Tasavallassa asuvia.

4. Tämän sopimuksen muiden määräysten estämättä voidaan Saksan Liittotasavallassa asuvaa luonnollista henkilöä, jonka myös katsotaan Suomen verolainsäädännön mukaan 2 artiklassa tarkoitettujen verojen osalta asuvan Suomen Tasavallassa, verottaa Suomen Tasavallassa. Suomen Tasavallan on kuitenkin 1 kappaleen määräysten mukaan vähennettävä Suomen veroista Saksan Liittotasavallassa tulosta tai varallisuudesta suoritettut verot. Tämän kappaleen määräyksiä sovelletaan vain Suomen kansalaiseen.

5. Vero määrätään Saksan Liittotasavallassa asuvan henkilön osalta seuraavasti:

a) Mikäli b ja c kohdan määräyksiä ei sovelleta, siihen perusteeseen, jonka nojalla vero määrätään Saksan Liittotasavallassa, on jätettävä lukematta sellainen Suomen Tasavallassa olevasta lähteestä saatu tulo ja sellainen Suomen Tasavallassa oleva varallisuus, joista edellä olevien artikloiden mukaan voidaan verottaa Suomen Tasavallassa. Määrätessään verokantaansa, jota on sovellettava sellaiseen tuloon tai varallisuuteen, jota ei ole sanotulla tavalla jätetty lukuun ottamatta, Saksan Liittotasavallasta ottaa kuitenkin huomioon sanotulla tavalla lukuun ottamatta jätetyn tulon ja varallisuuden.

b) Mikäli ulkomaisen tuloveron vähentämistä koskevasta Saksan Liittotasavallan verolakien säännöksistä ei muuta johdu, Saksan Liittotasavallassa määrätystä tuloverosta on vähennettävä Suomen Tasavallassa seuraavien tulojen perusteella määrätty tulovero (siihen luettuna kunnallisvero):

- i) muu kuin jäljempänä c kohdassa tarkoitettu osinko;
- ii) rojaliti, josta 12 artiklan 2 kappaleen mukaan, ja tulo, josta 16 artiklan ja 17 artiklan mukaan voidaan verottaa Suomen Tasavallassa;
- iii) sopimuksen 6 artiklassa tarkoitettua kiinteästä omaisuudesta saatu tulo ja tällaisen omaisuuden luovutuksesta saatu voitto, jolle omaisuus kuuluu Suomen Tasavallassa olevan kiinteän toimipaikan liikeomaisuuteen ja sitä käytetään liiketoiminnan harjoittamiseen Suomen Tasavallassa.

c) Tämän kappaleen a kohdan määräyksiä sovelletaan myös osinkoon, jonka Suomen Tasavallassa asuva pääomayhtiö (Kapitalgesellschaft) maksaa Saksan Liittotasavallassa asuvalle pääomayhtiölle, joka omistaa vähintään 25 prosenttia ensiksi mainitun yhtiön äänioikeutetuista osuuksista. Perusteeseen, jonka nojalla vero määrätään Saksan Liittotasavallassa, on myös jätettävä lukematta sellainen yhtiöosuus, jolle maksettava osinko on ensimmäisen lauseen mukaan jätetty lukematta Saksan Liittotasavallassa määrätyn veron perusteeseen tai maksettaessa olisi jätettävä siihen lukematta.

(6) Bei Personengesellschaften, die nach Artikel 4 Absatz 4 in einem Vertragsstaat ansässig sind und deren Einkünfte oder Vermögenswerte bei den Gesellschaftern besteuert werden, sind die in den Absätzen 1 bis 5 vorgesehenen Anrechnungen und Befreiungen für die aus dem anderen Vertragsstaat bezogenen Einkünfte oder die dort gelegenen Vermögenswerte auch den Gesellschaftern zu gewähren, die nicht im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehöriger“ umfaßt auch alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, welche die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

(4) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

6. Jos 4 artiklan 4 kappaleen nojalla sopimusvaltiossa asuvan yhtiön tulot tai varallisuutta verotetaan osakkaiden tulona tai varallisuutena, myönnetään toisesta sopimusvaltiosta saadun tulon tai siellä olevan varallisuuden osalta 1–5 kappaleessa määrätty veronvähennykset ja vapautukset verosta osakkaille riippumatta siitä, ovatko he ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa asuvia vai eivät.

24 artikla

Syrjintäkielto

1. Sopimusvaltion kansalaiset eivät toisessa sopimusvaltiossa saa joutua sellaisen verotuksen tai siihen liittyvän velvoituksen kohteiksi, joka on muunlainen tai raskaampi kuin verotus tai siihen liittyvä velvoitus, jonka kohteiksi tämän toisen valtion kansalaiset samoissa olosuhteissa joutuvat tai saattavat joutua.

2. Sanonta ”kansalainen” käsittää kaikki oikeushenkilöt, yhtymät ja muut yhteenliittymät, jotka ovat syntyneet sopimusvaltion voimassa olevan lainsäädännön mukaan.

3. Sopimusvaltiossa olevan yrityksen toisessa sopimusvaltiossa olevaan kiinteään toimipaikkaan kohdistuva verotus ei tässä toisessa valtiossa saa olla epäedullisempi kuin siinä valtiossa oleviin samaa toimintaa harjoittaviin yrityksiin kohdistuva verotus.

Tämän määräyksen ei ole katsottava velvoittavan sopimusvaltiota myöntämään toisessa sopimusvaltiossa asuville henkilöille sitä oikeutta henkilökohtaisten vähennysten tekemiseen taikka vapautusten tai alennusten saamiseen verotuksessa siviilisäädyn taikka perheen huoltovelvollisuuden johdosta, jonka tämä valtio myöntää siellä asuville henkilöille.

4. Sopimusvaltiossa olevat yritykset, joiden pääoman toisessa sopimusvaltiossa asuva henkilö tai siellä asuvat henkilöt välittömästi tai välillisesti joko kokonaan tai osaksi omistavat tai josta he täten määräävät, eivät ensiksi mainitussa valtiossa saa joutua sellaisen verotuksen tai siihen liittyvän velvoituksen kohteiksi, joka on muunlainen tai raskaampi kuin verotus tai siihen liittyvä velvoitus, jonka kohteiksi ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa olevat muut samanluonteiset yritykset joutuvat tai saattavat joutua.

5. Sanonnalla ”verotus” tarkoitetaan tässä artiklassa kaikenlaatuista veroja.

25 artikla

Keskinäinen sopimusmenettely

1. Milloin sopimusvaltiossa asuva henkilö katsoo, että jomankumman tai molempien sopimusvaltioiden toimenpiteet ovat johtaneet tai johtavat hänen osaltaan verotukseen, joka ei ole tämän sopimuksen mukainen, hän voi kääntyä asiassaan sen sopimusvaltion asianomaisen viranomaisen puoleen, jossa hän asuu, ilman että tämä toimenpide vaikuttaa hänen oikeuteensa käyttää näiden valtioiden sisäisissä laeissa säädettyjä oikeussuojakeinoja.

2. Jos asianomainen viranomainen havaitsee huomautuksen perustelluksi, mutta ei itse voi saada aikaan tyydyttävää ratkaisua, sen on pyrittävä toisen sopimusvaltion asianomaisen viranomaisen kanssa keskinäisin sopimuksin ratkaisemaan asia siten, että verotus, joka ei ole tämän sopimuksen mukainen, vältetään.

3. Sopimusvaltioiden asianomaisten viranomaisten on pyrittävä keskinäisin sopimuksin ratkaisemaan tämän sopimuksen tulkinnassa tai soveltamisessa esiintyvät vaikeudet tai epätietoisuutta aiheuttavat kysymykset. Ne voivat myös neuvotella keskenään kaksinkertaisen verotuksen poistamisesta sellaisissa tapauksissa, joita tässä sopimuksessa ei ole käsitelty.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können bei Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die erforderlich sind zur Durchführung dieses Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung mit dem Abkommen in Einklang steht. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden einschließlich Gerichten zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung, Erhebung oder Vollstreckung der unter das Abkommen fallenden Steuern oder der strafrechtlichen Verfolgung in bezug auf diese Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Diplomatische und konsularische Beamte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen und konsularischen Beamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Artikel 28

Berlin-Klausel

Dieses Abkommen wird entsprechend dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Finnland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 29

Erstreckung des räumlichen Geltungsbereichs

(1) Dieses Abkommen kann hinsichtlich der Gemeindesteuer entweder als Ganzes oder mit den erforderlichen Änderungen auf die Provinz Åland erstreckt werden. Eine solche Erstreckung wird von dem Zeitpunkt an und mit den Änderungen und Bedingungen, einschließlich der Bedingungen für das Außerkrafttreten, wirksam, die zwischen den Vertragsstaaten durch auf diplomatischem Weg auszutauschende Noten vereinbart werden.

(2) Haben die beiden Vertragsstaaten nichts anderes vereinbart, so tritt mit der Kündigung durch einen Vertragsstaat nach Artikel 31 das Abkommen in der in dem genannten Artikel vorgesehenen Weise für die Provinz Åland auch hinsichtlich der Gemeindesteuer außer Kraft.

Artikel 30

Inkrafttreten

(1) Die Regierungen der beiden Vertragsstaaten notifizieren einander, daß die verfassungsrechtlichen Erfordernisse für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

4. Sopimusvaltioiden asianomaiset viranomaiset voivat olla välittömässä yhteydessä keskenään soveltaakseen tämän sopimuksen määräyksiä.

26 artikla

Tietojen vaihtaminen

1. Sopimusvaltioiden asianomaisten viranomaisten on vaihdettava keskenään sellaisia tietoja, jotka ovat välttämättömiä tämän sopimuksen ja sopimusvaltioiden tässä sopimuksessa tarkoitettuja veroja koskevan sisäisen lainsäädännön täytäntöönpanemiseksi, mikäli sen perusteella tapahtuva verotus on tämän sopimuksen mukainen. Kaikkia näin vaihdettuja tietoja on käsiteltävä salaisina eikä niitä saa ilmaista muille kuin niille henkilöille tai viranomaisille, niihin luettuina tuomioistuimet, joiden tehtävänä on käsitellä tässä sopimuksessa tarkoitettujen verojen määräämistä, kantamista tai perimistä tahi niistä johtuvaa syytettä koskevia asioita.

2. Tämän artiklan 1 kappaleen määräysten ei ole katsottava missään tapauksessa velvoittavan sopimusvaltiota:

- a) suorittamaan hallintotoimia, jotka ovat ristiriidassa sen tai toisen sopimusvaltion lainsäädännön tai hallintokäytännön kanssa;
- b) antamaan tietoja, joita sen tai toisen sopimusvaltion lainsäädännön tai säännönmukaisen hallintomenettelyn puitteissa ei voida hankkia;
- c) antamaan tietoja, jotka paljastaisivat liikesalaisuuden taikka teollisen, kaupallisen tai ammatillisen salaisuuden tai menettelytavan, taikka tietoja, joiden ilmaiseminen olisi vastoin yleistä järjestystä (ordre public).

27 artikla

Diplomaattiset ja konsulivirkamiehet

Tämä sopimus ei vaikuta kansainvälisen oikeuden yleisten sääntöjen tai erityisten sopimusten määräysten mukaisiin diplomaattisten tai konsulivirkamiesten verotuksellisiin erioikeuksiin.

28 artikla

Länsi-Berliinin lauseke

Tämä sopimus ulotetaan 3 päivänä syyskuuta 1971 tehdyn neljän vallan sopimuksen mukaisesti, vahvistettuja menettelytapoja noudattaen koskemaan Länsi-Berliiniä, mikäli Saksan Liittotasavallan hallitus ei anna vastakkaista ilmoitusta Suomen Tasavallan hallitukselle kolmen kuukauden kuluessa tämän sopimuksen voimaantulon jälkeen.

29 artikla

Alueellinen laajentaminen

1. Tämä sopimus voidaan ulottaa, joko sellaisenaan tai tarpeellisin muutoksin, käsittämään Ahvenanmaan maakunnan kunnallisveron osalta. Sellainen laajentaminen tulee voimaan siitä päivästä lukien sekä sellaisin muutoksin ja ehdoin, sopimuksen lakkaaminen niihin luettuna, kuin sopimusvaltioiden välillä diplomaattiteitse tapahtuvalla noottienvaihdolla määritetään ja sovitaan.

2. Jollei sopimusvaltioiden välillä toisin ole sovittu, lakkaa jommankumman sopimusvaltion 31 artiklan perusteella toimitettaman sopimuksen irtisanomisen johdosta sopimuksen soveltaminen tuossa artiklassa tarkoitettulla tavalla Ahvenanmaan maakuntaan myös kunnallisveron osalta.

30 artikla

Voimaantulo

1. Sopimusvaltioiden hallitusten on ilmoitettava toisilleen täyttäneensä valtiosäännössään tämän sopimuksen voimaantulolle asetetut edellytykset.

(2) Das Abkommen tritt am dreißigsten Tag nach dem Tag der letzten der in Absatz 1 erwähnten Notifikationen in Kraft und ist anzuwenden

- a) in der Republik Finnland bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Steuern, die für die Steuerjahre erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar 1981 beginnen;
- b) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar 1981 beginnen;
- c) in beiden Vertragsstaaten bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Einkünfte, die nach Ablauf von dreißig Tagen nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens bezogen werden, und bei sonstigen im Abzugsweg besteuerten Einkünften auf die am oder nach dem 1. Januar 1981 bezogenen Einkünfte.

(3) Nach dem Inkrafttreten des Abkommens tritt das am 25. September 1935 in Helsinki unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern außer Kraft und ist auf die Steuern, auf die das vorliegende Abkommen nach Absatz 2 anzuwenden ist, nicht mehr anzuwenden.

Artikel 31

Außerkräfttreten

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt worden ist. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs schriftlich kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) in der Republik Finnland bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Steuern, die für die Steuerjahre erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs beginnen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen worden ist;
- b) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs beginnen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen worden ist;
- c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Einkünften, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs bezogen werden, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen worden ist.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Helsinki am 5. Juli 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher und finnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2. Tämä sopimus tulee voimaan kolmantenakymmenentenä päivänä siitä päivästä, jona myöhempi 1 kappaleessa tarkoitettu ilmoituksista on tehty, ja sen määräyksiä sovelletaan:

- a) Suomen Tasavallassa tulosta ja varallisuudesta suoritettavien verojen osalta, veroihin, jotka määrätään 1 päivänä tammikuuta 1981 tai sen jälkeen alkavilta verovuosilta;
- b) Saksan Liittotasavallassa veroihin, jotka määrätään 1 päivänä tammikuuta 1981 tai sen jälkeen alkavilta verotuskausilta;
- c) molemmissa sopimusvaltioissa osingosta, korosta ja rojaltilta lähteellä pidätettävien verojen osalta, tuloon, joka saadaan kolmenkymmenen päivän kuluttua siitä päivästä, jona sopimus tulee voimaan ja muun tulon osalta, josta vero pidätetään lähteellä, tuloon, joka saadaan 1 päivänä tammikuuta 1981 tai sen jälkeen.

3. Tämän sopimuksen tullessa voimaan lakkaa Suomen Tasavallan ja Saksan Valtakunnan välillä kaksinkertaisen verotuksen ehkäisemiseksi välittömien verojen alalla Helsingissä 25 päivänä syyskuuta 1935 allekirjoitettu sopimus olemasta voimassa eikä sitä enää sovelleta veroihin, joihin tätä sopimusta tämän artiklan 2 kappaleen määräysten mukaan sovelletaan.

31 artikla

Päätyminen

Tämä sopimus on voimassa, kunnes jompikumpi sopimusvaltio sen irtisanoo. Kumpikin sopimusvaltio voi kolmen vuoden kuluttua siitä päivästä, jona sopimus tulee voimaan, irtisanoa sopimuksen diplomaattista tietä tekemällä kirjallisen irtisanomisilmoituksen vähintään kuusi kuukautta ennen kunkin kalenterivuoden päättymistä. Tässä tapauksessa sopimus lakkaa olemasta voimassa:

- a) Suomen Tasavallassa tulosta ja varallisuudesta suoritettavien verojen osalta, veroihin nähden, jotka määrätään sitä kalenterivuotta, jona irtisanomisilmoitus tehdään, lähinnä seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen alkavilta verovuosilta;
- b) Saksan Liittotasavallassa veroihin nähden, jotka kannetaan sitä kalenterivuotta, jona irtisanomisilmoitus tehdään, lähinnä seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen alkavilta verotuskausilta;
- c) molemmissa sopimusvaltioissa lähteellä pidätettävien verojen osalta, tuloon, joka saadaan sitä kalenterivuotta, jona irtisanomisilmoitus tehdään, lähinnä seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen.

Tämän vakuudeksi ovat allekirjoittaneet, hallitustensa asianmukaisesti siihen valtuuttamina, allekirjoittaneet tämän sopimuksen.

Tehty Helsingissä 5 päivänä heinäkuuta 1979 kahtena saksan- ja suomenkielisenä kappaleena molempien tekstien ollessa yhtä todistusvoimaiset.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Saksan Liittotasavallan puolesta:

Simon

Für die Republik Finnland:
Suomen Tasavallan puolesta:
Matti Tuovinen

Protokoll

Anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie einiger anderer Steuern haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des genannten Abkommens sind:

(1) a) Bei einer in der Republik Finnland ansässigen Personengesellschaft gilt folgendes:

- i) Einkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland können in diesem Staat besteuert werden; soweit sie aber der Beteiligung einer in der Bundesrepublik Deutschland nicht ansässigen Person an der Personengesellschaft zuzurechnen sind, finden die Artikel 6 bis 17 und 21 des Abkommens Anwendung; diese Einkünfte können in der Republik Finnland besteuert werden, jedoch wird nach Artikel 23 Absätze 1 und 6 des Abkommens eine Anrechnung gewährt;
- ii) Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Finnland können in diesem Staat besteuert werden; soweit sie aber der Beteiligung einer in der Republik Finnland nicht ansässigen Person an der Personengesellschaft zuzurechnen sind, finden die Artikel 6 bis 17 und 21 des Abkommens Anwendung; diese Einkünfte werden für die Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 Absätze 5 und 6 des Abkommens behandelt;
- iii) Einkünfte aus anderen als den unter den Ziffern i und ii erwähnten Quellen, die
 - der Beteiligung einer in der Bundesrepublik Deutschland nicht ansässigen Person an der Personengesellschaft zuzurechnen sind, können nur in der Republik Finnland besteuert werden;
 - der Beteiligung einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person an der Personengesellschaft zuzurechnen sind, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Personengesellschaft gilt folgendes:

- i) Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Finnland können in diesem Staat besteuert werden; soweit sie aber der Beteiligung einer in der Republik Finnland nicht ansässigen Person an der Personengesellschaft zuzurechnen sind, finden die Artikel 6 bis 17 und 21 des Abkommens Anwendung, vorausgesetzt, daß diese Einkünfte in der Bundesrepublik Deutschland der Steuer unterliegen; diese Einkünfte werden für die Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 Absätze 5 und 6 des Abkommens behandelt;
- ii) Einkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland können in diesem Staat besteuert werden; soweit sie aber der Beteiligung einer in der Bundesrepublik Deutschland nicht ansässigen Person an der Personengesellschaft zuzurechnen sind, finden die Artikel 6 bis

Pöytäkirja

Saksan Liittotasavallan ja Suomen Tasavallan välillä tulo- ja varallisuusveroja sekä eräitä muita veroja koskevan kaksinkertaisen verotuksen välttämiseksi tehdyn sopimuksen allekirjoittamisen johdosta ovat allekirjoittaneet, hallitustensa asianmukaisesti siihen valtuuttamina, sopineet jäljempänä olevista määräyksistä, jotka ovat sopimuksen erottamaton osa:

1. a) Suomen Tasavallassa asuvan yhtymän osalta noudatetaan seuraavia sääntöjä:

- i) Saksan Liittotasavallassa olevasta lähteestä saadusta tulosta voidaan verottaa tässä valtiossa; mikäli tulo kuitenkin on luettava kuuluvaksi sellaisen henkilön yhtymäosuuteen, joka ei ole Saksan Liittotasavallassa asuva, sovelletaan sopimuksen 6–17 ja 21 artiklaa; tällaisesta tulosta voidaan verottaa Suomen Tasavallassa, jolloin kuitenkin myönnetään vähennys sopimuksen 23 artiklan 1 ja 6 kappaleen mukaan;
- ii) Suomen Tasavallassa olevasta lähteestä saadusta tulosta voidaan verottaa tässä valtiossa; mikäli tulo kuitenkin on luettava kuuluvaksi sellaisen henkilön yhtymäosuuteen, joka ei ole Suomen Tasavallassa asuva, sovelletaan sopimuksen 6–17 ja 21 artiklaa; tällaista tuloa käsitellään Saksan Liittotasavallassa toimitettavassa verotuksessa sopimuksen 23 artiklan 5 ja 6 kappaleen mukaan;
- iii) muista kuin i ja ii kohdassa mainituista lähteistä saadusta tulosta, joka
 - on luettava kuuluvaksi sellaisen henkilön yhtymäosuuteen, joka ei ole Saksan Liittotasavallassa asuva, verotetaan vain Suomen Tasavallassa;
 - on luettava kuuluvaksi sellaisen henkilön yhtymäosuuteen, joka on Saksan Liittotasavallassa asuva, verotetaan vain tässä valtiossa.

b) Saksan Liittotasavallassa asuvan yhtymän osalta noudatetaan seuraavia sääntöjä:

- i) Suomen Tasavallassa olevasta lähteestä saadusta tulosta voidaan verottaa tässä valtiossa; mikäli tulo kuitenkin on luettava kuuluvaksi sellaisen henkilön yhtymäosuuteen, joka ei ole Suomen Tasavallassa asuva, sovelletaan sopimuksen 6–17 ja 21 artiklaa edellyttäen, että tämä tulo on veronalaista Saksan Liittotasavallassa; tällaista tuloa käsitellään Saksan Liittotasavallassa toimitettavassa verotuksessa sopimuksen 23 artiklan 5 ja 6 kappaleen mukaan;
- ii) Saksan Liittotasavallassa olevasta lähteestä saadusta tulosta voidaan verottaa tässä valtiossa; mikäli tulo kuitenkin on luettava kuuluvaksi sellaisen henkilön yhtymäosuuteen, joka ei ole Saksan Liittotasavallassa asuva, sovelletaan sopimuksen 6–17 ja 21 artiklaa; tällai-

17 und 21 des Abkommens Anwendung; diese Einkünfte können in der Republik Finnland besteuert werden, jedoch wird nach Artikel 23 Absätze 1 und 6 des Abkommens eine Anrechnung gewährt;

- iii) Einkünfte aus anderen als den unter den Ziffern i und ii erwähnten Quellen, die
- der Beteiligung einer in der Republik Finnland nicht ansässigen Person an der Personengesellschaft zuzurechnen sind, können nur in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden;
 - der Beteiligung einer in der Republik Finnland ansässigen Person an der Personengesellschaft zuzurechnen sind, können nur in diesem Staat besteuert werden.

c) Für die Besteuerung des Vermögens gilt das Vorhergehende entsprechend.

(2) Artikel 18 Absatz 2 gilt auch für die finnischen „Volkspensionen“.

(3) Die Republik Finnland rechnet bei Anwendung von Artikel 23 Absatz 1 des Abkommens auch die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Gewerbesteuer an.

(4) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Finnland zur Ausschüttung, so schließt Artikel 23 Absatz 5 die Herstellung der „Ausschüttungsbelastung“ nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

(5) Artikel 23 Absatz 5 Buchstabe a des Abkommens gilt nur für Gewinne einer Betriebstätte aus den folgenden in der Republik Finnland ausgeübten Tätigkeiten: Herstellung, Be- oder Verarbeitung von Gütern oder Tätigkeiten gleicher Art, Erforschung, Ausbeutung oder Behandlung von Mineralien, Betrieb von Steinbrüchen, Rohstoffgewinnung, Bautätigkeit oder Montage, Transport, Lagerung oder Nachrichtenübermittlung, Beratung oder Dienstleistung, Bank- oder Versicherungsgeschäfte, Verkauf von Gütern oder Waren, oder aus den sonstigen Tätigkeiten, auf die sich die Vertragsstaaten in zu diesem Zweck auszutauschenden Noten einigen.

Für sonstige Gewinne der Betriebstätte gilt Artikel 23 Absatz 5 Buchstabe b des Abkommens. Ferner gilt Artikel 23 Absatz 5 Buchstabe a des Abkommens nicht für Wirtschaftsgüter, die bei der Erzielung dieser sonstigen Gewinne eingesetzt werden.

(6) Artikel 23 Absatz 5 Buchstabe c hindert die Bundesrepublik Deutschland nicht daran, ihre Vorschriften gegen die Steuerumgehung auf Einkünfte anzuwenden, die aus einem dritten Staat stammen oder dort zugeflossen sind, auch wenn die Einkünfte unter Zwischenschaltung einer in der Republik Finnland ansässigen Person aufgefangen oder über sie geleitet worden sind oder wenn die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte über eine solche Person gehalten werden.

Die Bundesrepublik Deutschland wird aber auf ihre Steuern von diesen Einkünften nach Maßgabe der genannten Vorschriften finnische Steuern anrechnen, die von diesen Einkünften oder von der Ausschüttung dieser Einkünfte erhoben werden.

(7) Artikel 26 Absatz 2 Buchstabe c des Abkommens betrifft nur Informationen, deren Erteilung nach den Rechtsvorschriften des die Informationen erteilenden Vertragsstaats untersagt ist, und Informationen, deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspricht. Es gilt als vereinbart, daß nach Artikel 26 des Abkommens Informationen auch ohne vorherigen zwingenden Anlaß ausgetauscht werden können.

(8) Artikel 26 des Abkommens schränkt in keiner Weise die Anwendung des Abkommens vom 25. September 1935 zwischen der Republik Finnland und dem Deutschen Reich über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen ein.

sesta tulosta voidaan verottaa Suomen Tasavallassa, jolloin kuitenkin myönnetään vähennys sopimuksen 23 artiklan 1 ja 6 kappaleen mukaan;

- iii) Muista kuin i ja ii kohdassa mainituista lähteistä saadusta tulosta, joka
- on luettava kuuluvaksi sellaisen henkilön yhtymäosuuteen, joka ei ole Suomen Tasavallassa asuva, verotetaan vain Saksan Liittotasavallassa;
 - on luettava kuuluvaksi sellaisen henkilön yhtymäosuuteen, joka on Suomen Tasavallassa asuva, verotetaan vain tässä valtiossa.

c) Varallisuuden verottamiseen edellä olevia sääntöjä sovelletaan vastaavasti.

2. Sopimuksen 18 artiklan 2 kappaletta sovelletaan myös suomalaisiin kansaneläkkeisiin.

3. Soveltaessaan sopimuksen 23 artiklan 1 kappaletta Suomen Tasavalta vähentää myös Saksan Liittotasavallassa suoritettua elinkeinoveron.

4. Milloin Saksan Liittotasavallassa asuva yhtiö käyttää Suomen Tasavallassa olevasta lähteestä saatua tuloa voitonjakoon, ei 23 artiklan 5 kappale estä katsomasta Saksan Liittotasavallan vero-oikeuden määräysten mukaisen ”Ausschüttungsbelastung”in (voitonjakoon kohdistuva verotus) olevan olemassa.

5. Sopimuksen 23 artiklan 5 kappaleen a kohtaa sovelletaan vain sellaiseen tuloon, jonka kiinteä toimipaikka on saanut seuraavasta Suomen Tasavallassa harjoitetusta toiminnasta: tavaroiden valmistus, muokkaus tai jalostus taikka muu sellainen toiminta, kivennäisten tutkiminen, hyväksikäyttö tai käsittely, kivenlouhinta, raaka-ainetuotanto, rakennus- tai asennustoiminta, kuljetus, varastointi tai viestintä, neuvonta tai palvelusten suorittaminen, pankki- tai vakuutusliikkeen harjoittaminen, tavaroiden myynti, tai muu toiminta, josta sopimusvaltiot tässä tarkoituksessa tapahtuvalla nootien vaihdolla sopivat.

Muuhun kiinteään toimipaikan tuloon sovelletaan sopimuksen 23 artiklan 5 kappaleen b kohtaa. Lisäksi sopimuksen 23 artiklan 5 kappaleen a kohtaa ei sovelleta varoihin, jotka on sijoitettu tällaisten muiden tulojen hankkimiseksi.

6. Sopimuksen 23 artiklan 5 kappaleen c kohta ei estä Saksan Liittotasavaltaa soveltamasta veronkiertoa vastaan kohdistuvia määräyksiään tuloon, joka on peräisin kolmannelta valtiosta tai kertynyt siellä, ei myöskään silloin kun tulo on kertynyt Suomessa asuvaa henkilöä välihenkilönä käytettäessä tai ohjattu hänen kauttaan tahi kun tämän tulon perusteena olevat varat omistetaan tällaisen henkilön välityksellä.

Saksan Liittotasavalta vähentää kuitenkin tästä tulosta suoritettavasta verostaan mainittujen määräysten mukaan Suomen verot, jotka suoritetaan tästä tulosta tai tämän tulon jaosta.

7. Sopimuksen 26 artiklan 2 kappaleen c kohta koskee vain tietoja, joiden antaminen on kielletty tiedot antavan sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, ja tietoja, joiden antaminen olisi vastoin yleistä järjestystä. Sovittuna pidetään myös, että sopimuksen 26 artiklan mukaan tietoja voidaan vaihtaa myös ilman edeltävää pakottavaa syytä.

8. Sopimuksen 26 artiklalla ei millään tavalla rajoiteta Suomen Tasavallan ja Saksan Valtakunnan välillä 25 päivänä syyskuuta 1935 veroasioissa annettavasta oikeussuojasta ja oikeusavusta tehdyn sopimuksen soveltamista.

(9) Ungeachtet des Artikels 30 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens ist Artikel 22 Absatz 5 des Abkommens auf die Vermögensteuer der Bundesrepublik Deutschland für Beteiligungen der in der Republik Finnland ansässigen Personen an einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung bereits auf die Veranlagungszeiträume anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 1974 beginnen.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Helsinki am 5. Juli 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher und finnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

9. Sopimuksen 30 artiklan 2 kappaleen b kohdan estämättä sovelletaan sopimuksen 22 artiklan 5 kappaletta Saksan Liittotasavallan varallisuusveroon, joka Suomen Tasavallassa asuvan henkilön on suoritettava osuudestaan Saksan Liittotasavallassa asuvaan rajoitetulla vastuulla toimivaan yhtiöön, jo niiltä verotuskausilta, jotka alkavat 1 päivänä tammikuuta 1974 tai sen jälkeen.

Tämän vakuudeksi ovat allekirjoittaneet, hallitustensa asiamukaisesti siihen valtuuttamina, allekirjoittaneet tämän pöytäkirjan.

Tehty Helsingissä 5 päivänä heinäkuuta 1979 kahtena saksan- ja suomenkielisenä kappaleena molempien tekstien ollessa yhtä todistusvoimaiset.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Saksan Liittotasavallan puolesta:

Simon

Für die Republik Finnland:

Suomen Tasavallan puolesta:

Matti Tuovinen

Denkschrift zum Abkommen

I. Anlaß und Zweck des Abkommens

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Finnland besteht bereits ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern vom 25. September 1935. Es ist neben dem Abkommen mit Italien das letzte noch gültige deutsche Doppelbesteuerungsabkommen aus der Vorkriegszeit auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen. Das alte Abkommen genügte in verschiedenen Punkten den modernen Erfordernissen nicht mehr. Es mußte daher an das heutige deutsche und finnische Steuerrecht sowie an den jetzigen Stand des internationalen Steuerrechts angepaßt werden. Dem dient das vorliegende neue Doppelbesteuerungsabkommen, das in Inhalt und Aufbau dem Musterabkommen folgt, das die OECD ihren Mitgliedsstaaten empfohlen hat.

Die einleitenden Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 grenzen den Geltungsbereich des Abkommens ab und enthalten die für seine Anwendung wichtigen Definitionen. Die Artikel 6 bis 22 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte und Vermögenswerte besteuern darf. Artikel 23 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellen- oder Belegenheitsstaat zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Die abschließenden Artikel 24 bis 31 regeln den Schutz vor steuerlicher Diskriminierung, die Durchführung von Verständigungsverfahren sowie den Informationsaustausch zwischen den Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Abkommens sowie einige andere Fragen.

Dem Abkommen ist ein Protokoll mit einigen ergänzenden Regelungen beigegeben, das Bestandteil des Abkommens ist.

II. Zu den einzelnen Artikeln des Abkommens

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel führt die Steuern auf, die unter das Abkommen fallen.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel definiert in seinem Absatz 1 einige im Abkommen mehrfach verwendete Begriffe. Auf Grund einer Besonderheit des finnischen Rechts ist bestimmt, daß hinsichtlich der in Artikel 2 Abs. 3 genannten finnischen Gemeindesteuer Finnland nicht die Provinz Åland umfaßt.

Absatz 2 enthält die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der „in einem Vertragsstaat ansässigen Person“, der für den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte der Vertragsstaaten maßgebend ist.

Grundsätzlich bestimmt sich die Ansässigkeit nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten (Absatz 1). Ist eine natürliche Person danach in beiden Staaten ansässig, so wird nach bestimmten Kriterien nur einer der Staaten für die Abkommensanwendung als Wohnsitzstaat behandelt (Absatz 2).

Juristische Personen mit doppelter Ansässigkeit gelten als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet (Absatz 3).

Absatz 4 behandelt den Abkommensstatus von Personengesellschaften. Die in einem Staat errichteten Gesellschaften dieser Art gelten dort für ihre gesamte Tätigkeit als ansässig; dies gilt selbst dann, wenn ein Teil ihrer Gesellschafter im anderen Vertragsstaat oder in Drittstaaten ansässig ist. Der damit der Personengesellschaft als solcher gewährte Abkommenschutz wird durch die Bestimmung in Artikel 23 Abs. 6 zugunsten ausländischer Gesellschafter ergänzt. Zum besseren Verständnis beschreibt Nummer 1 des Protokolls zum Abkommen die sich hiernach in beiden Staaten ergebenden Rechtsfolgen.

Auf Grund einer Besonderheit des finnischen Rechts bestimmt Absatz 5 für Zwecke der finnischen Besteuerung, daß unverteilte Nachlässe als in dem Vertragsstaat ansässig gelten, in dem der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes ansässig war.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert den Begriff der „Betriebsstätte“, der die Grundlage für die Zuweisung des Besteuerungsrechts für gewerbliche Einkünfte bildet (vgl. Artikel 7).

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem das Vermögen liegt. Dies gilt auch, wenn es sich um Betriebsgrundstücke handelt.

Die Absätze 4 und 5 enthalten eine Sonderregelung, die einer Eigenart des finnischen Rechts Rechnung trägt. Danach dürfen Einkünfte aus Aktien oder ähnlichen Gesellschaftsanteilen, die in einer Grundstücksnutzung bestehen, wie Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dies Vermögen liegt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Gewinne aus Gewerbebetrieb. Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen des anderen

Staates nur insoweit besteuern, als der Gewinn durch eine in seinem Gebiet gelegene Betriebstätte erzielt wird („Betriebstättenprinzip“). Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung der Betriebstättengewinne. Absatz 7 regelt das Verhältnis der Betriebstättenbesteuerung zu den Abkommenbestimmungen für die Besteuerung anderer Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr abweichend vom Betriebstättenprinzip nur im Staat des Ortes der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden dürfen.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel stellt klar, daß das Abkommen der Korrektur von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Dividenden.

Nach Absatz 1 können Dividenden grundsätzlich im Wohnsitzstaat des Empfängers der Dividenden besteuert werden.

Nach Absatz 2 ist daneben auch der Staat steuerberechtigt, in dem die Dividenden ausschüttende Gesellschaft ansässig ist. Nach diesem Absatz in Verbindung mit Absatz 3 ist das Besteuerungsrecht der Bundesrepublik Deutschland als Quellenstaat allgemein auf 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden beschränkt. Bei der Bemessung dieses Quellensteuersatzes sind auf deutscher Seite die Auswirkungen der deutschen Körperschaftsteuerreform von 1976 berücksichtigt. Die Regelung entspricht der Entschließung des Deutschen Bundestags vom 10. Juni 1976 (Bundestags-Drucksache 7/3503), nach der die Anrechnung deutscher Körperschaftsteuer über die Grenze ausgeschlossen ist und die in den Doppelbesteuerungsabkommen festgelegte Kapitalertragsteuerbelastung unter investitions- und wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten innerhalb des gegenwärtigen Rahmens überprüft werden sollte. Die Bundesregierung hält den Kapitalertragsteuersatz von 15 v. H. unter diesen Gesichtspunkten für angemessen; sie hat dies im einzelnen in der Denkschrift zu dem Protokoll vom 22. September 1978 zum deutsch-schwedischen Doppelbesteuerungsabkommen (Bundestags-Drucksache 8/3225) dargelegt.

In einem formlosen Protokoll zum Abkommen ist festgelegt worden, daß der Quellensteuersatz zu überprüfen ist, wenn ein Vertragsstaat in einem künftigen Abkommen mit einem anderen OECD-Staat einen anderen Quellensteuersatz vereinbart.

Eine Ausnahmeregelung gilt für Einkünfte typischer stiller Gesellschafter im Sinne des deutschen Rechtes. Diese Einkünfte sind nicht wie Gewinne der Gesellschaft zu erfassen; sie können vielmehr vom Gesellschaftsgewinn abgezogen werden und unterliegen deshalb auf der Ebene der Gesellschaft keiner Gewinnbesteuerung. Zum Ausgleich sieht das Abkommen einen erhöhten Kapitalertragsteuersatz von 25 v. H. für solche Zahlungen vor.

Im Gegenzug zur Senkung der deutschen Kapitalertragsteuer auf allgemein 15 v. H. hat Finnland seine Kapitalertragsteuer für Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen auf 10 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden gesenkt.

Absatz 4 definiert den Begriff der Dividenden. Für den Fall, daß die Dividenden über eine im Staat der ausschüttenden Gesellschaft belegene Betriebstätte oder feste Einrichtung bezogen werden, gelten die allgemeinen Grundsätze des Artikels 7; die Begrenzung der Abzugsteuer nach Absatz 2 und des ihn modifizierenden Absatzes 3 gelten insoweit nicht.

Absatz 6 enthält eine international übliche Klausel zur Begrenzung der Dividendenbesteuerung.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen. Nach Absatz 1 können Zinsen nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist. Die Absätze 2 bis 4 enthalten eine Definition des Begriffs der Zinsen, den üblichen Betriebstättenvorbehalt und behandeln den Fall, daß zwischen Nahestehenden überhöhte Zinsen gezahlt werden.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

Nach Absatz 1 können Lizenzgebühren in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

Nach Absatz 2 ist daneben bei gewerblichen Lizenzgebühren im Sinne des Absatzes 3 Buchst. a auch der Staat steuerberechtigt, aus dem die Gebühren stammen. Das Besteuerungsrecht dieses Staates ist auf 5 v. H. des Bruttobetrags der Lizenzgebühren beschränkt.

Die Absätze 3 bis 6 definieren den Begriff der Lizenzgebühren, regeln die Besteuerungsbefugnis für den Fall, daß die Lizenzgebühren über eine im Quellenstaat belegene Betriebstätte bezogen werden, geben eine Quellendefinition und behandeln den Fall, daß zwischen Nahestehenden unangemessen hohe Lizenzgebühren gezahlt werden.

In einem formlosen Protokoll zum Abkommen ist vereinbart worden, daß nach Ablauf von 5 Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens die in Absatz 2 vorgesehene Lösung überprüft werden soll, um sicherzustellen, daß bei Lizenzgebühren, die aus Finnland stammen und an in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ansässige Personen gezahlt werden, die steuerrechtliche Gleichbehandlung in Finnland gewährleistet ist.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Die Besteuerung dieser Gewinne ist grundsätzlich dem Wohnsitzstaat vorbehalten (Absatz 4).

Der Belegenheits- bzw. Quellenstaat darf jedoch nach den Absätzen 1 und 3 Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen und von beweglichem Betriebstättenvermögen sowie von beweglichem Ver-

mögen einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung besteuern.

Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr und aus der Veräußerung von Betriebsvermögen, das dieser Luft- und Schifffahrt dient, dürfen nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet (Absatz 3 letzter Satz).

Auf besonderen finnischen Wunsch dürfen Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und ähnlichen Gesellschaftsanteilen, die zur Nutzung von unbeweglichem Vermögen berechtigen, im Belegenheitsstaat besteuert werden (Absatz 2). Vgl. hierzu auch Artikel 6 Abs. 4.

Besteuert ein Staat beim Wohnsitzwechsel eines Steuerpflichtigen die in wesentlichen Beteiligungen an Gesellschaften enthaltenen stillen Reserven, so darf der andere Staat im Falle der Besteuerung eines Veräußerungsgewinns nur den Teil dieses Gewinns besteuern, der auf den Wertzuwachs nach dem Wohnsitzwechsel entfällt. Dies betrifft auf deutscher Seite die Besteuerung von deutschen Abwanderern, die an inländischen Kapitalgesellschaften wesentlich beteiligt waren, nach § 6 Außensteuergesetz.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit. Grundsätzlich hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht. Werden die Einkünfte jedoch in dem anderen Staat durch eine dort unterhaltene feste Einrichtung erzielt, hat dieser Staat insoweit das Besteuerungsrecht. Absatz 2 erläutert den Ausdruck „freier Beruf“ im einzelnen.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Grundsätzlich hat der Staat der Arbeitsausübung das Besteuerungsrecht (Absatz 1). Werden jedoch Personen von inländischen Unternehmen nur vorübergehend im Ausland eingesetzt, z. B. Monteure, so wird dieser Grundsatz zugunsten des Wohnsitzstaats eingeschränkt (Absatz 2).

Weitere Sonderregelungen enthalten Absatz 3 für das Bordpersonal von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr sowie die Artikel 16, 18 und 19.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel dürfen Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel dürfen Künstler und Sportler stets in dem Staat besteuert werden, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben. Dies gilt auch für die Gewinne der Veranstalter.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Ruhegehältern mit Ausnahme der Beamtenpensionen und ähnlichen Zahlungen.

Nach Absatz 1 können diese Vergütungen grundsätzlich nur im Wohnsitzstaat des Empfängers besteuert werden.

Absatz 2 enthält eine Sonderregelung für Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung und Vergütungen für Schäden, die als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden sind. Diese Vergütungen dürfen nur im Kassenstaat besteuert werden. Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen stellt klar, daß diese Regelung auch für die finnischen „Volkspensionen“ gilt.

Nach Absatz 3 dürfen Unterhaltszahlungen im Staat des Empfängers dieser Zahlungen nicht besteuert werden, wenn diese Zahlungen im anderen Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten nicht abzugsfähig sind.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Arbeitsentgelte und Ruhegehälter, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden.

Nach Absatz 1 dürfen Bezüge aus aktiver Tätigkeit nur im Kassenstaat besteuert werden, und zwar auch dann, wenn die nichtselbständige Arbeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt und ist der Arbeitnehmer entweder Staatsangehöriger dieses Staates oder nicht zur Arbeitsausübung in diesen Staat entsandt worden, so steht nur dem Tätigkeitsstaat das Besteuerungsrecht zu.

Nach Absatz 2 dürfen Ruhegehälter des öffentlichen Dienstes nur im Kassenstaat besteuert werden.

Für Arbeitnehmer in gewerblichen Betrieben der öffentlichen Hand gelten nach Absatz 3 die allgemeinen Regelungen für die Besteuerung von Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit, von Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen sowie von Ruhegehältern.

Absatz 4 bestimmt, daß Vergütungen für aktive Tätigkeiten, die von bestimmten Institutionen gezahlt werden, wie Vergütungen eines Vertragsstaates oder einer seiner Gebietskörperschaften behandelt werden.

Zu Artikel 20

Die Bestimmungen dieses Artikels sollen den Austausch von in der Ausbildung stehenden Personen fördern. Zu diesem Zweck werden nach Absatz 1 Studenten, Lehrlinge und Praktikanten, die sich zu Ausbildungszwecken in einem Vertragsstaat aufhalten, hinsichtlich der Unterstützungsgelder, die sie aus ihrem Heimat- oder einem Drittstaat erhalten, von den Steuern des Gaststaats befreit.

Absatz 2 sieht für den genannten Personenkreis die Steuerfreiheit für Vergütungen für im Zusammenhang mit dem Studium oder der Ausbildung erbrachte Dienstleistungen im Staat der Ausübung der Tätigkeit vor. Voraussetzung hierfür ist, daß sich der Student, Lehrling oder Praktikant in diesem Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des Kalenderjahrs aufhält.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel weist das alleinige Besteuerungsrecht für Einkünfte, die in den vorstehenden Artikeln nicht erwähnt sind, dem Wohnsitzstaat zu.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens.

Nach den Absätzen 1 und 3 dürfen unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, entsprechend den Regelungen für die daraus erzielten Einkünfte im Belegenheitsstaat besteuert werden.

Auf besonderen finnischen Wunsch gilt diese Regelung auch für die in Artikel 6 Abs. 4 erwähnten Aktien und ähnlichen Gesellschaftsanteile, die zur Nutzung von unbeweglichem Vermögen der Gesellschaft berechtigen (Absatz 2).

Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie diesen dienendes bewegliches Vermögen können nach Absatz 4 nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Alle anderen Vermögensteile dürfen nach Absatz 5 nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden dürfen.

Die Absätze 1 bis 3 bestimmen, wie Finnland bei einer dort ansässigen Person die Doppelbesteuerung vermeidet. Dies geschieht grundsätzlich in der Weise, daß die Steuern, die von der Bundesrepublik Deutschland nach dem Abkommen erhoben werden dürfen, auf die entsprechende finnische Steuer angerechnet werden. Abweichend hiervon gewährt Finnland nach Absatz 3 für Dividenden, die eine deutsche Gesellschaft an eine finnische Gesellschaft zahlt, insoweit eine Steuerbefreiung, als die Dividenden steuerfrei wären, wenn sie von einer finnischen Gesellschaft an eine andere finnische Gesellschaft ausgeschüttet würden (Schachtelprivileg).

Absatz 4 behandelt den Sonderfall finnischer Abwanderer, die in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind. Nach finnischem Recht wird dieser Personenkreis noch für eine bestimmte Zeit als in Finnland ansässig angesehen und dort entsprechend besteuert. Die auf die jeweiligen Einkünfte erhobenen deutschen Steuern werden auf die finnische Steuer angerechnet.

In Nummer 3 des Protokolls zum Abkommen wird klargestellt, daß Finnland bei der Anrechnung auch die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Gewerbesteuer berücksichtigt.

Absatz 5 bestimmt, wie die Bundesrepublik Deutschland die Doppelbesteuerung bei einer in ihrem Gebiet ansässigen Person vermeidet. Nach Buchstabe a wird grundsätzlich die Freistellungsmethode mit Progressionsvorbehalt angewendet. Für Gewinne einer in Finnland belegenen Betriebsstätte sowie die mit der Gewinnerzielung zusammenhängenden Wirtschaftsgüter gilt dies nach Nr. 5 des Protokolls zum Abkommen jedoch nur, soweit die Gewinne aus den dort genannten aktiven Tätigkeiten herrühren.

Bei Lizenzgebühren und den an Aufsichts- und Verwaltungsräte sowie an Künstler und Sportler gezahlten Vergütungen, die in Finnland steuerpflichtig sind, wird die Doppelbesteuerung durch Anrechnung der gezahlten finnischen Steuer nach Buchstabe b vermieden. Gleiches gilt für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen und für Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens sowie Dividenden, soweit es sich nicht um zwischengesellschaftliche Schachteldividenden handelt (Buchstabe c).

Nummer 6 des Protokolls zum Abkommen stellt in diesem Zusammenhang klar, daß trotz der grundsätzlichen Freistellung zwischengesellschaftlicher Schachteldividenden und der ihnen zugrunde liegenden Beteiligungen die einschlägigen Vorschriften des Außensteuergesetzes anwendbar bleiben. Danach dürfen Einkünfte einer in einem niedrig besteuerten Drittstaat ansässigen Einzelgesellschaft einer deutschen Obergesellschaft in die deutsche Besteuerung einbezogen werden, auch wenn die Einkünfte nicht an die deutsche Obergesellschaft ausgeschüttet worden sind. Soweit diese Einkünfte bereits in Finnland besteuert wurden, rechnet die Bundesrepublik Deutschland die finnischen Steuern auf die deutsche Steuer an.

In Nummer 4 des Protokolls zum Abkommen wird klargestellt, daß die Verpflichtung zur Freistellung finnischer Einkünfte und Vermögenswerte und zur Anrechnung finnischer Steuern der Herstellung der Ausschüttungsbelastung bei der deutschen Körperschaftsteuer nicht entgegensteht.

Absatz 6 enthält eine Sonderregelung zugunsten deutscher bzw. finnischer Personengesellschaften mit Gesellschaftern, die in keinem der beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und daß Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten im gegenseitigen Einvernehmen beseitigt werden können.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel regelt den zwischenstaatlichen Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten erforderlich sind. Hierzu wird in Nummer 7 des Protokolls zum Abkommen ergänzend festgestellt, daß Informationen auch ohne vorherigen zwingenden Anlaß ausgetauscht werden können. Ferner wird die Geheimhaltungsbestimmung nach Maßgabe des nationalen Rechts des auskunfterteilenden Staates (in der Bundesrepublik Deutschland: § 117 Abs. 3 Nr. 4 der Abgabenordnung – AO –) präzisiert.

In Nummer 8 des Protokolls wird klargestellt, daß das neue Abkommen die Anwendung des deutsch-finnischen Abkommens vom 25. September 1935 über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen nicht einschränkt.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel enthält den üblichen Vorbehalt weitergehender Vorrechte diplomatischer und konsularischer Beamter nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel enthält die in unseren Verträgen mit Finnland angewendete (besondere) Berlin-Klausel.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel stellt eine Ergänzung zu Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe a des Abkommens dar. Hiernach kann das Abkommen hinsichtlich der Gemeindesteuer als Ganzes oder mit Änderungen auf die finnische Provinz Åland erstreckt werden.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel regelt die Ratifikation (in Finnland Notifikation) und das Inkrafttreten des Abkommens. Das Ab-

kommen ist grundsätzlich ab dem Kalenderjahr 1981 anzuwenden.

Abweichend hiervon bestimmt Absatz 2 Buchstabe c für die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, daß das Abkommen erst anzuwenden ist auf Einkünfte, die nach Ablauf von 30 Tagen nach dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens bezogen werden.

In Nummer 9 des Protokolls zum Abkommen ist ergänzend vereinbart, daß die Freistellung finnischer Beteiligungen an deutschen Gesellschaften mit beschränkter Haftung von der deutschen Vermögensteuer bereits ab dem Veranlagungszeitraum 1974 gilt.

Absatz 3 enthält eine Bestimmung über das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens.

Zu Artikel 31

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.